



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung
Amt für Schule

LEHRPLANREVISION GYMNASIUM
Sekundarstufe I

Lehrpläne
Geschichte
und
Sozialkunde

1988

V HH
17(1988)

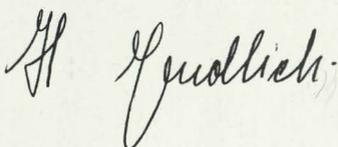
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Amt für Schule legt die neuen Lehrpläne für Geschichte und Sozialkunde verbindlich zur Erprobung vor, das heißt, die neuen Lehrpläne bilden die Grundlage für den Unterricht. Ich bitte Sie, sich intensiv mit den Zielen, Inhalten und Vorschlägen der Pläne auseinanderzusetzen.

Die Diskussions- und Erprobungsphase soll vermutlich bis Ende 1989 dauern. Bis zu diesem Zeitpunkt bitte ich Sie um Kritik und Gegenvorschläge, die für eine Weiterentwicklung der Lehrpläne wesentlich sind. Ich erhoffe mir vor allem Aufschlüsse über folgende Sachverhalte:

- Der Lehrplan enthält zuviel Stoff? Wo halten Sie Kürzungen für sinnvoll und notwendig, wo könnten Themen alternativ gesetzt werden?
- Welche Themen vermissen Sie und welche müßten dafür gesetzt werden?
- Ist das Anspruchsniveau der Ziele angemessen?
- Welche Vorschläge haben Sie für Projekte und Erkundungen?

Die Lehrplandiskussion hat von allen Beteiligten Lernbereitschaft und Kompromißfähigkeit gefordert. Unterschiedliche Auffassungen zur Konzeption, zur Anspruchshöhe und zu den Anforderungen sind fair ausgetragen worden. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Lehrplanausschüsse für ihre geleistete Arbeit.



H. Endlich



Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
-Schulbuchbibliothek -
94/2104

Fachreferent: Hans Endlich

Amt für Schule S 62/3

Lehrplanausschuß Geschichte:

Dr. Harm Mögenburg	Gymnasium Krausestraße/Studienseminar
Prof. Dr. Bodo v. Borries	Universität Hamburg
Reinhard Dargel	Gymnasium Altona
Heide Hahnfeld	Gymnasium Corveystraße
Joachim Hauptvogel	Gymnasium Krausestraße
Dr. Jürgen Schmidt-Petersen	Gymnasium Finkenwerder
Lutz-Peter Tornow	Gymnasium Bondenwald/Studienseminar

Lehrplanausschuß Sozialkunde:

Christine Gronert	Lohmühlen-Gymnasium/Studienseminar
Prof. Dr. Renate Meyer-Harter	Universität Hamburg
Harri Rusch	Institut für Lehrerfortbildung
Günter Warnecke	Alex.-v.-Humboldt-Gymnasium/Studienseminar
Rainer Weckherlin	Gymnasium Rahlstedt

Inhaltsübersicht

Geschichte

A.	Zur Konzeption des Unterrichts	Seite
1.	Aufgaben und Ziele	5
1.1	Didaktische Prinzipien	5
1.2	Ziele	6
2.	Organisation	7
3.	Arbeitsformen	7
B.	Zur Durchführung des Unterrichts	
1.	Grundlagen	8
2.	Gliederung, Überblick über die Themen	10
3.	Die Themen	13
<u>Klasse 6</u>		
1.	Spurensuche: Wie die Vergangenheit erforscht wird	13
2.	Die Frühzeit der Menschen — Seßhaftwerden	14
3.1	Demokratie in Athen	15
3.2	Rom — ein Weltreich	16
4.1	Kaiser und Papst im Mittelalter	18
4.2	König und Fürsten im Mittelalter	19
<u>Klasse 7</u>		
1.	Bauern, Handwerker und Kaufleute im Mittelalter	21
2.	Reformation und Bauernkrieg	23
3.	Entdeckungen und Eroberungen	25
4.	Absolutismus in Frankreich und Preußen	26
<u>Klasse 8</u>		
1.	Die Französische Revolution	27
2.	Industrialisierung und Arbeiterbewegung	29
3.	Auseinandersetzung um Bürgerfreiheit und Einheit in Deutschland von 1848—1890	31
4.	Imperialismus und Weltkrieg	32
<u>Klasse 9</u>		
1.	USA und UdSSR — Die neuen Weltmächte	34
2.	Weimarer Republik — Eine gefährdete Demokratie	36
3.	Der deutsche Faschismus und der Zweite Weltkrieg —	37
<u>Klasse 10</u>		
1.	Teilung der Welt — Konfrontation und Kooperation der Weltmächte	40
2.	Entstehung und Entwicklung der deutschen Staaten — Unterschiedliche politische Systeme	42
3.	Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland — Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft	43
4.	Gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik — Stabilität und Reform	45
5.	Europa nach 1945	46
6.	Anhang zum Lehrplan Geschichte — Nahaufnahmen im Geschichtsunterricht	48

Sozialkunde

A.	Zur Konzeption des Unterrichts	Seite
1.	Aufgaben und Ziele	49
1.1	Didaktische Prinzipien	49
1.2	Ziele	50
2.	Organisation	51
3.	Arbeitsformen	51
B.	Zur Durchführung des Unterrichts	
1.	Grundlagen	53
2.	Gliederung. Überblick über die Themen	53
3.	Die Themen	54
	<u>Klasse 10</u>	
1.	Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Meinungsbildung	54
2.	Der politische Willensbildungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland	55
3.	Arbeit und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland	56
4.	Chancengleichheit in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Jungen und Mädchen	58
5.	Recht und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland	60

GESCHICHTE

A Zur Konzeption des Unterrichts

1. Aufgaben und Ziele

Gegenstände des Geschichtsunterrichts sind politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Ereignisse, Prozesse und Strukturen der Vergangenheit. Schüler und Schülerinnen sollen sich mit Lebensformen der Vergangenheit, ihren materiellen und geistigen Voraussetzungen sowie deren Konsequenzen auseinandersetzen. Die Bedeutsamkeit selbständigen Urteilens und verantwortlichen Handelns in einer vergangenen und in der eigenen Lebenswirklichkeit kann so erfahrbar gemacht werden.

In dem Maße, wie der Geschichtsunterricht zu Wert- und Zielvorstellungen vergangener Epochen hinführt, können Schüler die Geschichtlichkeit menschlicher Existenz und die Werte einer freiheitlichen Demokratie erkennen.

Erziehungsaufgabe des Lehrers ist es, in den Schülern Anteilnahme am Leben anderer Menschen zu wecken, zum Nachdenken über unterschiedliche Lebensgestaltung anzuregen und durch eigenes Engagement zur Gestaltung eines menschenwürdigen Lebens in der eigenen Gesellschaft und in fremden Gesellschaften beizutragen.

Der Unterricht vermittelt kein geschlossenes Geschichtsbild, vielmehr soll er die Vielschichtigkeit der in Geschichte und Gegenwart wirksamen Kräfte zeigen.

Um Schülern zu erleichtern, einen eigenen Standort zu finden, ist es sinnvoll, möglichst viele Bezüge zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen und diese zu erörtern. Auf diese Weise kann ein durch Offenheit und Kritikfähigkeit geprägtes Verständnis geschichtlicher und politischer Vorgänge angestrebt werden. Wichtig ist, auch die Reichweite und die Standortgebundenheit von Urteilen bei der Bewertung geschichtlicher und politischer Sachverhalte zum Thema zu machen.

Der Lehrplan kommt dem Lehrer in seinem Bemühen um Stoffreduktion entgegen, indem er für die einzelnen Klassenstufen nur wenig als verbindlich vorschreibt. Als verbindlich sind einige aus der Fülle der für ein historisch begründetes Gegenwartsverständnis wichtigen und geeigneten Situationen und Epochen ausgewählt und thematisiert worden.

Jedes dieser geschichtlichen Themen gestattet die Herstellung von Gegenwartsbezügen. In besonderer Weise gilt dies für die mit einer Richtzahl von 3—5 Stunden ausgestatteten kürzeren Themen, die im folgenden Nahaufnahmen (NA) genannt werden.

Für die Sozialkundethemen gilt sinngemäß das Entsprechende: Jedes der Themen gestattet die Herstellung geschichtlicher Bezüge, um so Gegenwärtiges verständlicher zu machen.

1.1 Didaktische Prinzipien

Der Geschichtsunterricht wird seinen Aufgaben gerecht, wenn er vor allem folgendes anstrebt:

— Gegenwartsbedeutung

Vorrangig werden geschichtliche Erscheinungen behandelt, die direkt oder indirekt in die Gegenwart hineinwirken: als noch heute bedeutsame Konflikte, Verursacher von Problemen, wirksame Ideen, als Kontraste oder Parallelen, als Entdeckungen und Erfindungen, als Denkmäler oder lebendige Überlieferungen.

— Kontroversen und Konflikte

In den kleinen und großen Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Lebens, um die Richtungen und Ziele des Handelns treffen unterschiedliche und gegensätzliche Wert- und Zielvorstellungen handelnder Menschen aufeinander. Das zu erkennen und sich mit unterschiedlichen und entgegengesetzten Positionen und Perspektiven zu befassen, fördert Toleranz und selbstbestimmtes Engagement. Der Unterricht verfehlt sein Ziel, wenn er zu einem beliebigen Einerseits und Anderseits führt. Er wird seinem Ziel gerecht, wenn er hilft, unterschiedliche und entgegengesetzte Perspektiven zu respektieren und zugleich eigene Standpunkte zu gewinnen und argumentativ zu vertreten.

Auch die Anteile und Positionen von Frauen und Männern sollen sichtbar gemacht werden. Historisch mögliche Entscheidungsalternativen werden erörtert, auch wenn sie sich nicht durchsetzen konnten.

— Elementarisierung

Der Unterricht erarbeitet historische Konstellationen und Lebenssituationen, in denen handelnde Gruppen und Personen in ihrer geschichtlichen Einmaligkeit vorgestellt werden, deren Interessen und Hoffnungen, Erfolge und Niederlagen elementare soziale Erfahrungen und anthropologische Grundsituationen in typischer Weise repräsentieren, so daß sie für Schüler nachvollziehbar werden.

— Einbeziehung der Alltagsgeschichte

Um anschaulich in historische und politische Strukturen einzuführen, sollte der Unterricht einen lebensweltlichen Zugang über das Wohnen, Arbeiten, Essen und Zusammenleben in der Vergangenheit suchen, wann immer dies möglich ist. Historisches Verständnis und politisches Denken in dieser Weise von konkreten und überschaubaren Details aufzubauen, um institutionelle Entwicklungen oder Strukturmerkmale zu erarbeiten, ist dann gut möglich, wenn die vom Lehrer vorgestellten Einzelfälle über sich hinausweisen, weil sie Epochen- oder Gesellschaftstypisches aufzeigen. So könnte z. B. die Darstellung des bäuerlichen Arbeitstages im Mittelalter nicht nur Schülerbedürfnisse nach Anschaulichkeit befriedigen und insoweit motivierend wirken, sondern (z. B. über Fragen der bäuerlichen Abgaben) in strukturelle Zusammenhänge der mittelalterlichen Grundherrschaft einführen.

Sachinformationen des Lehrers ordnen das am lebensweltlichen Detail Gelernte in größere Zusammenhänge ein und achten darauf, daß deren Reichweite bestimmt wird.

1.2 Ziele

Die Ziele für den Geschichtsunterricht konkretisieren und differenzieren Aussagen der Allgemeinen Lernziele und der Richtlinien für Erziehung und Unterricht. Der Geschichtsunterricht dient der Erziehung zu einer verantwortlichen Teilnahme am politischen Leben. Er ist an den Grundwerten und Grundentscheidungen des Grundgesetzes orientiert. Er fördert die Bereitschaft, Interessen wahrzunehmen und Konflikte auszutragen. Er hilft, Einstellungen zu fördern, die Vorurteile gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten zu korrigieren. In diesem Rahmen sind folgende Fachlernziele anzustreben:

- Gegenwärtiges und die eigene Situation aus der Kenntnis des Vergangenen besser verstehen
- Zugänge zur geschichtlichen Überlieferung finden
- Fremdes Leben und andere Verhältnisse in ihren Besonderheiten sehen und respektieren
- Grundlagen für selbständiges Urteilen und verantwortliches Handeln gewinnen
- Kritisches Verständnis für interessengeleitete Deutungen und zweckgerichtete Argumentation entwickeln
- Veränderbarkeit und Beständigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse einschätzen und ihre Voraussetzungen erkennen
- Bereit sein, sich für Schwächere und Benachteiligte einzusetzen und Verantwortung für andere zu übernehmen
- Geschichtliche und politische Interessen auch außerhalb der Schule entwickeln.

2. Organisation

In der Stundentafel der Klassen 6—10 sind für das Fach Geschichte jeweils 2 Stunden vorgesehen. Da die Sozialkunde erst in Klasse 10 (mit 2 Wochenstunden) unterrichtet wird, die Schüler also erst spät eine überwiegend sozialwissenschaftliche und politische Herangehensweise an frühere und gegenwärtige Entwicklungen kennenlernen, sieht der Lehrplan folgendes vor:

- In der Klasse 10 können der Fachlehrer für Geschichte und der Fachlehrer für Sozialkunde ihr jeweiliges Fach nach einem Kooperationsmodell unterrichten. Inhalte und Methoden der Themen in Geschichte und Sozialkunde sind jeweils aufeinander bezogen und miteinander verknüpfbar. Für jedes Fach gibt es — auch bei Kooperation — eine Note.
- Die Nahaufnahme (NA) in den Klassen 6—9 zielen (in inhaltlicher und methodischer Hinsicht) auf eine behutsame Hinführung zu politischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen. Zu diesem Zweck verwenden sie anschauliche Quellenauszüge und geschichtliche Schlüsselszenen für eine schnellere Zuspitzung auf gegenwartsrelevante Entwicklungen und Zustände, für einen direkten Zugriff auf eine historisch-politische Begrifflichkeit und zur gezielteren Einführung sozialwissenschaftlicher Betrachtungsweise als dies der Unterricht sonst bieten kann (siehe Anhang). Da jeweils eine Nahaufnahme aus den angebotenen ausgewählt werden muß, oder auch eine selbstgestellte genommen werden kann, sind die Schüler an der Auswahl zu beteiligen.

3. Arbeitsformen

- Auswertung bildlicher Darstellungen

Da Beschäftigung mit Geschichte immer zugleich „Spurensuche“ ist, die „Spuren“ sich oft in bildlicher Form fixieren lassen, ist die Betrachtung und Auswertung von z. B. bildhaften Darstellungen, Karten, Fotos, Schemazeichnungen zu üben.

Bei der inhaltlichen Deutung von bildlichen Darstellungen (z. B. in Einzel- und Partnerarbeit und im Unterrichtsgespräch) sind transferfähige Begriffe einzuführen und zu lernen.

- Lektüre und Analyse von Texten

Ohne die Lektüre und Analyse schriftlicher Quellen und geschichtlicher Darstellungen ist eine sachgerechte und gründliche Auseinandersetzung mit Vergangenen nicht möglich. Der Weg zur Sicherheit im richtigen Umgang mit Texten führt vom Kürzeren zum Längeren und vom Einfacheren zum Schwierigen.

- Schriftliches Arbeiten

Ergebnisse des Unterrichts, Arbeitsaufträge und Hausarbeiten werden in Haushefte oder Arbeitsmappen geschrieben, evtl. auch auf Wandzeitungen u. ä. übertragen. Die altersspezifische Freude am Dokumentieren, Komplettieren, Illustrieren kann Lehrern und Lernenden Impulse geben, sich mit einem Gegenstand gründlicher zu beschäftigen und Zusammenhängen nachzugehen. Übungs- und Klassenarbeiten geben Gelegenheit festzustellen, was die Schüler gelernt haben und wie gut sie Gelerntes wiedergeben, im Zusammenhang anwenden und darstellen können.

- Lehrer- und Schülerdarbietungen

Auf allen Klassenstufen sind Erzählungen, Dialoge, Kurzvorträge u. a. für die elementarisierende Darbietung und Veranschaulichung des Stoffes unentbehrlich. Sie müssen so angelegt sein, daß sie Fragen und Stellungnahmen der Schüler herausfordern. Einzelne Schüler haben Freude daran, kleinere Darbietungen zu übernehmen und sich anschließenden Fragen zu stellen.

- Karten- und Lernbucharbeit

Die Schüler werden angeleitet, sich sachgerechte und zuverlässige Informationen selbständig zu beschaffen. In gemeinsamen Übungen und durch Einzelaufträge lernen sie während des Unterrichts und bei häuslicher Vor- und Nachbereitung historische und politische Bücher, Karten, Nachschlagewerke und Darstellungen auszuwerten. Die entsprechenden Arbeitstechniken und Auswertungsmethoden werden geübt.

B Zur Durchführung des Unterrichts

1. Grundlagen

Der Planung werden 34 Unterrichtswochen (bei 39,5 Unterrichtswochen im Jahr) zugrunde gelegt.

In den Klassen 6—10 stehen bei zwei Wochenstunden jeweils 68 Stunden zur Verfügung. Etwa zwei Drittel hiervon sind für verbindliche Themen gedacht. Der nicht verplante Zeitraum von etwa einem Drittel soll zur Erweiterung und Vertiefung des vorgeschriebenen Themas oder für zusätzliche, Lehrer und Schüler besonders interessierende Themen genutzt werden.

Keinesfalls darf der Lehrer einen lückenlosen chronologischen Gang durch die Geschichte in den einzelnen Klassenstufen anstreben. Wenn Ausländerkinder in der Klasse sind, sollten, wo immer dies möglich ist, Bezüge zu ihrem Heimatland oder zu ihrer Situation in Deutschland hergestellt werden, um diese Schüler stärker einzubeziehen und bei den deutschen Mitschülern Verständnis für die fremde Kultur zu wecken. Hierzu können besondere selbstgestellte Nahaufnahmen dienen.

In Lernbüchern und Materialien ist häufiger von Männern als von Frauen die Rede. Das gibt Anlässe, geschlechtsgebundene Rollenzuweisungen zu thematisieren, frühere Auffassungen kennenzulernen und mit gegenwärtigen zu vergleichen. Im nicht verplanten Zeitraum soll eine Unterrichtseinheit zur Frauengeschichte behandelt werden, sofern nicht in Klasse 9 die Nahaufnahme „Anfänge der Frauenbewegung“ gewählt wird.

Der Fachlehrer ist dafür verantwortlich, daß jede Klasse mit den für das neue Schuljahr vorgesehenen Themen beginnt.

Auf jeder Klassenstufe gibt es Themen, die untereinander enge Bezüge aufweisen. Im Unterricht können sie miteinander verbunden werden, wenn dadurch übergeordnete Zusammenhänge verständlicher werden. Zum Beispiel wäre denkbar, die Themen „Bauern, Handwerker und Kaufleute im Mittelalter“ und „Reformation und Bauernkrieg“ der Klasse 7 zusammenzuziehen, um dadurch etwa stadtbürgerliches Selbstbewußtsein in religiösen Fragen oder den Zusammenhang zwischen bäuerlicher Abhängigkeit und dem Bauernkrieg deutlicher hervorzuheben. Sicherstellen müßte der Lehrer indes, daß die Nahaufnahmen bei einer solchen Verfahrensweise nicht fortfallen.

Die Themen in Klasse 10 sind für einen projektorierenden Unterricht geeignet, weil dort Gegenwartssituationen zur Sprache kommen, die von den Schülern nach eigenen Inhalten und methodischen Zielsetzungen bearbeitet werden können. Vorgeschlagen wird, daß das Thema „Aids“ als Projektvorhaben in Zusammenarbeit mit den Fachlehrern für Biologie, Ethik, Deutsch und Sozialkunde unterrichtet wird.

Selbsttätigkeit und Mitbestimmung der Schüler über die eigenen Aktivitäten kann der Lehrer initiieren, wenn er die Chance zur Kooperation zwischen Sozialkunde und Geschichte in Klasse 10 ergreift. Beispielsweise ist eine sinnvolle Verknüpfung des Themas „Wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik — Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft“ mit dem Thema „Arbeit und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik“ möglich, wenn Schüler und Lehrer sich über die Zuordnung von Inhalten und das methodische Vorgehen gemeinsam beraten.

Für den Lehrer verbindlich sind die Ziele und Schwerpunkte der jeweiligen Themen mit den ihnen zugeordneten Grundbegriffen und Begriffen. Die Schwerpunktsetzungen sollen es Lehrern und Lehrerinnen erleichtern, ihren Geschichtsunterricht so zu akzentuieren, daß Schüler Zeit zum Lernen haben. Eine auf Vollständigkeit und auf Gleichwertigkeit des „Stoffes“ zielende Vermittlung von historischen Gegenständen soll hierdurch ausgeschlossen werden. Die Schwerpunkte weisen nur das unbedingt Notwendige aus, das zu behandeln ist und machen damit auch deutlich, was nicht behandelt werden muß. Die mit Spiegelstrichen versehenen Anregungen zum Aufbau des Unterrichts sind nicht verbindlich. Sie sind als Hilfe für eine Auswahl und Strukturierung der Inhalte gedacht.

Jedem Thema werden Grundbegriffe, Begriffe und Daten zugeordnet. Erstere sind in der politischen Umgangssprache wertbesetzt. Der Lehrer sollte darauf achten, daß sie im Unterricht nicht manipulativ vereinfacht werden, sondern sie zur Akzentuierung der ausgewiesenen Schwerpunkte und Ziele des betreffenden Themas nutzen.

Durch den Aufbau eines Netzwerkes von Grundbegriffen und Begriffen wird es möglich, Sachverhalte treffend zu beschreiben, Interessen differenziert zu benennen und Probleme angemessen zu diskutieren. Dies ist unumgänglich, wenn die Schüler in die Lage versetzt werden sollen, sich eine selbständige Meinung zu Ereignissen, Prozessen und Strukturen der Vergangenheit und ihrer Gegenwartsbedeutung zu bilden.

Die Geschichtszahlen benennen wesentliche Ereignisse und Prozesse. Zu jedem Thema sollen Schüler wichtige Daten lernen, damit sie Ereignisse leichter zuordnen und einen Überblick über die Zeit gewinnen können.

Die „Orientierungs- und Verknüpfungsdaten“ haben die Aufgabe, über die jeweiligen Themenschwerpunkte hinauszuweisen. Sie stellen Zusammenhänge mit wichtigen Entwicklungen und Ereignissen her. Sie können dazu dienen, Themen zu verknüpfen und Übergänge zu erleichtern.

Viele Themen ermöglichen es, regionalgeschichtliche Ereignisse in den Unterricht einzubeziehen und in ihrem Wechselverhältnis zur allgemeinen Geschichte zu sehen. Ihre Spuren sind gelegentlich für Schüler noch auffindbar, spielen mitunter sogar in deren Lebensgeschichte hinein.

Es wäre gut, wenn der regionale Aspekt auch die weitere Region einschlosse, z. B. Angeln und Sachsen, Haithabu, Lübeck, Ratzeburg, Lüneburg, Stade, Glückstadt, Friedrichstadt.

In dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte werden Aufgaben zu solchen Sachverhalten gestellt. Eine Beteiligung sollte langfristig eingeplant werden.

2. Gliederung

Überblick über die Themen

Für die Themen gilt eine Richtzahl von jeweils 8—12 Stunden. Die als Nahaufnahme (NA) gekennzeichneten kürzeren Themen werden mit jeweils 3—5 Stunden unterrichtet.

Der Lehrer wählt von den Nahaufnahmen entweder jeweils eine aus, oder er kann sich für eine selbstgestellte vergleichbare entscheiden. Die Schüler werden an der Auswahl beteiligt.

Klasse 6

Gesamtstunden: 68

Stunden für verbindliche Themen: 48

1. Spurensuche: Wie die Vergangenheit erforscht wird

2. Die Frühzeit der Menschen — Selbsthaftwerden

Pyramiden werden gebaut (NA)
Von der Bilderschrift zum Buchstaben (NA)
Gesetzgebung im Zweistromland (NA)

- 3.1 Demokratie in Athen
alternativ

- 3.2 Rom — Ein Weltreich

Griechen gründen Kolonien (NA)
Olympische Spiele (NA)
Kaiser und Bürger in Rom (NA)
*Römer und Germanen am Limes (NA) **

- 4.1 Kaiser und Papst im Mittelalter
alternativ

- 4.2 König und Fürsten im Mittelalter

Kaiserkrönung in Rom (NA)
Kreuzzüge (NA)
Ein Adelige leistet den Lehnseid (NA)
*Eine Ritterburg wird gebaut (NA) **

* Die Nahaufnahme wird so gewählt, daß sie zum gewählten Thema komplementär ist.

Klasse 7

Gesamtstunden: 68

Stunden für verbindliche Themen: 48

1. Bauern, Handwerker und Kaufleute im Mittelalter

Stadtluft macht frei (NA)
Fernhandel: Die Fugger in Augsburg (NA)
Kaufleute gründen die Hanse (NA)
Juden im Mittelalter (NA)

2. Reformation und Bauernkrieg

*Streit um ein neues „Gottesreich“
(Luther und Müntzer) (NA)*
Die Wiedertäufer von Münster (NA)
Hexenprozesse (NA)

3. Entdeckungen und Eroberungen

Der Dreieckshandel (NA)
*Europäische Siedler in den nordamerikanischen
Kolonien (NA)*
Europäische Siedler in Südafrika (NA)

4. Absolutismus in Frankreich und Preußen

Hofleben in Versailles (NA)
Der preußische Schulmeister (NA)
Rekrut im preußischen Heer (NA)

Klasse 8

Gesamtstunden: 68

Stunden für verbindliche Themen: 48

1. Die Französische Revolution

Der Wohlfahrtsausschuß (NA)
Deutsche Jakobiner (NA)
Reformen in Preußen (NA)

2. Industrialisierung und Arbeiterbewegung

Die erste deutsche Eisenbahn (NA)
Ein Unternehmen wird gegründet (NA)
Eine Gewerkschaft wird gegründet (NA)

3. Auseinandersetzung um Bürgerfreiheit und Einheit (1848—1890)

Die Nationalversammlung in der Paulskirche (NA)
Die Anfänge der Frauenbewegung (NA)
Sozialistenverfolgung im Kaiserreich (NA)
Auswanderungshafen Hamburg (NA)

4. Imperialismus und Weltkrieg

Hereroaufstand in Deutsch-Südwestafrika (NA)
Engländer verwalten Indien (NA)
Antikriegsdemonstrationen 1917 (NA)

Klasse 9

Gesamtstunden: 68

Stunden für verbindliche Themen: 48

1. USA und UdSSR — Die neuen Weltmächte

Die Friedensbedingungen Wilsons (NA)
Fließbandarbeit bei Ford (NA)
Eine Revolution wird gemacht (NA)
Ein Dorf wird kollektiviert (NA)

2. Weimarer Republik —
Eine gefährdete Demokratie

Die Weimarer Nationalversammlung (NA)
Inflation in Deutschland (NA)
Eine Arbeitersiedlung entsteht (NA)

3. Der Deutsche Faschismus und
der Zweite Weltkrieg

Altonaer Blutsonntag (NA)
Guernica (NA)
Die Weiße Rose (NA)
Die Kinder vom Bullenhuser Damm (NA)

Klasse 10

Gesamtstunden: 68

Stunden für verbindliche Themen: 48

1. Teilung der Welt — Konfrontation und Kooperation der Weltmächte
2. Entstehung und Entwicklung der deutschen Staaten — Unterschiedliche politische Systeme
3. Wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft
4. Gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Stabilität und Reform
5. Europa nach 1945

Geschichte und Sozialkunde (Kooperation)

Gesamtstunden: 136

Stunden für verbindliche Themen: 96

1. Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Meinungsbildung
(an einem konkreten Beispiel der Themen 2—9)
2. Teilung der Welt — Konfrontation und Kooperation der Weltmächte
3. Entstehung und Entwicklung der deutschen Staaten — Unterschiedliche politische Systeme
4. Der politische Willensbildungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland
5. Wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft
6. Arbeit und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland
7. Gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Stabilität und Reform
8. Chancengleichheit in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland
am Beispiel von Jungen und Mädchen
9. Europa nach 1945
10. Recht und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland
(an einem Fallbeispiel aus den Themen 4/6/8)

3. Die Themen

Klasse 6

1. Spurensuche: Wie die Vergangenheit erforscht wird

Ziele

- Bei historischen Gebrauchsgegenständen und Erinnerungsstücken oder an alten Bauwerken begründete Vermutungen über Alter, Zwecke, Verwendungen, Überlieferungen anstellen.
- An einem Ausgrabungsbeispiel einige wissenschaftliche Verfahrensweisen kennenlernen.

Schwerpunkte

- Wie heute lebende Menschen Vergangenes einzuordnen versuchen.
- Wie Geschichtsforscher Vergangenes rekonstruieren.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Konfrontation mit einem alten Gebrauchsgegenstand, historischen Bauwerk, vergilbten Foto o. ä.
 - Beschreibung des Betrachteten, Ertasteten, Empfundenes usw.
 - Verknüpfung mit Bekanntem, Gehörtem, Gelesenem usw.
 - Vermutungen über Alter, Zweckbestimmung, Herkunft usw.
 - Fragen, die sich stellen, aber offen bleiben müssen
2. Informationen über eine wissenschaftliche Rekonstruktion von Vergangenheit
 - Ausgrabungen: Warum so oft „mit dem Spaten“ geforscht werden muß(te) (Bergung von Überresten)
 - Fundorte: Wo ausgegraben wurde (z. B. in Troja) und wo auch heute noch Ausgräber forschen (z. B. Speersort in Hamburg)
 - Forscher: Was die Ausgräber eigentlich treibt (z. B. die bloße Neugier zu wissen, wie es war)
 - Forschungsmethoden:
 - z. B. C14-Methode oder Dendrochronologie (zur Altersbestimmung)
 - z. B. Suche nach Parallelen oder „missing links“ (zur Untermauerung einer Hypothese oder These)
 - z. B. Befragung von alten Aufzeichnungen oder Menschen (Zeitzeugen und die Überlieferung als Quellen neben den Überresten)
 - Lediglich eine der Forschungsmethoden sollte an einem authentischen Beispiel vorgeführt werden.

Grundbegriffe, Begriffe

- Quelle
- Ausgrabung, C14-Methode, Dendrochronologie, Forscher, Forschungsmethode, Funde, Fundort, Rekonstruktion, Überlieferung, Überreste, Vergangenheit, Vermutung, Zeitzeuge.

Hinweise

Die Aufforderung an die Schüler: „Bringt den ältesten Gegenstand zur Schule mit, den ihr habt!“ hat sich bewährt. Auch Abbildungen (z. B. alte Familienfotos), die eine Verknüpfung mit der Vergangenheit ermöglichen, sind als Einstieg geeignet, desgleichen eine Erkundung im Nahbereich (etwa eines alten Gebäudes oder die von Fundgegenständen im Museum). Eine Realbegegnung ist einer Heranführung über Medien vorzuziehen. Bei ihr begeben sich die Schüler unmittelbar auf Spurensuche, weil sie zunächst auf ihre Sinesindrücke verwiesen werden, die sie dann auf Wissensbestände beziehen müssen. Eine Überleitung zu Forschungsmethoden ist dann umso leichter. So können Zeit- und Methodenbewußtsein durch eigenes Tun und durch Beschäftigung mit den „Werkzeugen des Historikers“ geweckt werden.

In die selbständige Benutzung des Lernbuches wird eingeführt, wobei dessen Brauchbarkeit für die Vor- und Nachbereitung der Schüler im Vordergrund steht.

Gleichfalls geübt wird die Führung des Geschichtsheftes, z. B. wie Unterrichtsmitschriften angefertigt werden und wie Informationen des Lernbuchs übernommen werden können.

2. Die Frühzeit der Menschen — Seßhaftwerden

Ziele

- Beispielhaft Zusammenhänge zwischen Umweltbedingungen und der Lebensweise in der Altsteinzeit erkennen.
- Veränderungen im Wirtschaften und Zusammenleben beim Übergang von der nicht-seßhaften zur bäuerlichen Lebensweise erarbeiten.
- Sich mit neuartigen Lebensformen, den damit verbundenen Vorteilen (Produkten, Arbeitsteilung) und Abhängigkeiten (Umweltveränderung, soziale Schichtung) auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Beschreibung der Lebensweise von Steinzeitmenschen entweder in europäischen Jäger- und Sammlerkulturen oder in außereuropäischen Kulturen.
- Der Übergang von der aneignenden zur produzierenden Wirtschaft, zum Pflanzen und Züchten.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Lebensweise der Jäger und Sammler
 - Umweltbedingungen (Klima, Gefahren, z. B. durch wilde Tiere)
 - Werkzeuge (z. B. Faustkeil, Schaber, Bohrer)
 - Erfindungen (z. B. Beherrschung des Feuers): Verringerungen der Naturabhängigkeit
 - Leben in der Horde (Ernährung: Jagen und Sammeln; Wohnen: Höhlen- und Lagergemeinschaften)
 - Religion: Jagdzauber
2. Die Lebensweise der Züchter und Pflanzler (Ackerbauern)
 - Zeugnisse der Seßhaftigkeit (z. B. Arbeitstiere, Pflug)
 - Erfindungen (Ackerbau, Viehzucht, Töpferei, Weberei, Steinschliff) der „Neolithischen Revolution“
 - Zusammenleben in Sippe und Dorf (Haus, Feldbestellung, Vorratswirtschaft; soziale Unterschiede infolge Besitzes)
 - Arbeitsteilung: zwischen Frauen (oft zuständig für Feldbestellung, Getreidemahlen, Töpferei, Weben) und Männern (zumeist verantwortlich für Viehversorgung, Urbarmachung, Werkzeugherstellung, Jagd) sowie zwischen Spezialisten des gleichen Geschlechts (z. B. bei handwerklichen Tätigkeiten)
 - Religion: Fruchtbarkeitszauber
 - Fazit: „Von der Bärenhöhle zum Bauernhaus“: tiefer Einschnitt in der Menschheitsgeschichte (Unumkehrbarkeit)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Arbeitsteilung
Umweltveränderung
- Ackerbauer, Altsteinzeit, Dorf, Eiszeit(-en), Funde, Horde, Jäger, Jungsteinzeit, Kultur „Neolithische Revolution“, Technik, Sammler, Sippe, Seßhaftigkeit, Ur- und Vorgeschichte, Viehzüchter, Warmzeit(-en), Wildbeuter, Zivilisation
- Alter der Erde: ca. 5 Milliarden Jahre
Vorläufer des Menschen: vor ca. 2,5 Milliarden Jahren
Seßhaftigkeit: im Orient: ab 8000 v. Chr. („Neolithische Revolution“ in Norddeutschland: nicht vor 3000 v. Chr.)
Altsteinzeit im Orient und in Norddeutschland: 600 000—8000 v. Chr.
Jungsteinzeit im Orient: ab 8000 v. Chr., in Norddeutschland: ab 3000 v. Chr.
Letzte Eiszeit in Norddeutschland: 120 000—10 000 v. Chr.
Letzte Warmzeit in Norddeutschland: 8000 v. Chr. bis heute

Hinweise

Es empfiehlt sich, spielerische Lernformen (z. B. Stegreifspiel: „Wie können wir den Wolf zum Haushund machen?“), das Nacherfinden (etwa von Keramik) und das Darstellen von Gelerntem in neuen Zusammenhängen (z. B. in Form einer Collage zum Hordenleben) zu berücksichtigen.

„Überreste“ aus der Vor- und Frühgeschichte stoßen auf das spontane Interesse der Kinder. In drei Museen finden sich Beispiele für frühzeitliche Kulturen:

Im Helmsmuseum, im Museum für Völkerkunde, im Museum für Bergedorf und die Vierlande.

Das Helmsmuseum leiht „Museumskoffer“ aus, wodurch ein Begreifen der Überreste auch im Wortsinne möglich wird.

Wandertage sollten zur Beschäftigung mit steinzeitlichen Überresten, z. B. auf dem „Archäologischen Wanderpfad“ in der Fischbeker Heide und auf dem Ausgrabungsplätzen von Alfred Rust (Rentierjägerkulturen der „Ahrensburger Stufe“, ab 20 000 v. Chr. im Gebiet von Alster und Bille) genutzt werden.

3.1 Demokratie in Athen

Ziele

- Am Beispiel der Volksversammlung Anspruch und Wirklichkeit der attischen Demokratie gegenüberstellen.
- Den Ausschluß bestimmter Bevölkerungsgruppen (Frauen, Fremde, Sklaven) von der attischen Politik erörtern und mit Bestimmungen des heutigen allgemeinen Wahlrechts kontrastieren.
- An Beispielen des Alltagslebens Aufgaben der Sklaven für den Stadtstaat Athen kennenlernen.
- Die hegemoniale Stellung Athens im Attischen Seebund und ihre Bedeutung für die Demokratie erkennen.

Schwerpunkte

- Das politische Leben in Athen zur Zeit des Perikles, insbesondere die direkte Beteiligung der Bürger in der Volksversammlung.
- Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die immensen Aufwendungen Athens in Politik und Kultur.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Das politische Leben im Stadtstaat Athen
 - Ein Tag in der Volksversammlung (Redefreiheit, Abstimmungen, Demagogie)
 - Der Gleichheitsanspruch der attischen Demokratie (z. B. Ämterlosung, Tagegelder)
 - Politische und soziale Ungleichheit (Ausschluß der Frauen, Fremden und Sklaven von der Politik; Bildungs- und Sozialgefälle)
 - Einrichtungen zum Schutz der Demokratie (z. B. Scherbengericht)
 - Antike und heutige Demokratie im Kontrast (z. B. Wahlrecht, politische Mitwirkung)
2. Voraussetzungen für die attische Demokratie
 - Die kulturellen Leistungen Athens (z. B. Baukunst, Theater, Wissenschaften)
 - Die Ausgaben des Stadtstaates
 - Leben und Arbeit der Sklaven (Landwirtschaft, Bergbau, Manufakturen, Privathaushalte)
 - Athen und der Attische Seebund (Abhängigkeit und Abgabepflicht der Bündner)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Demokratie
- Antike, Amt, Bürgerrechte, Hegemonie, Kultur, Sklaverei, Volksversammlung
Ämterlosung, Demagoge, Gleichheit, Polis, Rat der 500, Scherbengericht, Seebund, Tagegelder, Theater, Volksgericht.
- Um 450 v. Chr. Blütezeit Athens unter Perikles
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
 - seit ca. 800 v. Chr. Bildung griechischer Stadtstaaten
 - ca. 750—550 v. Chr. Griechische Kolonisation
 - 490/480 v. Chr. Siege der Griechen in den Perserkriegen
 - 477 v. Chr. Gründung des Attischen Seebundes
 - 431—404 v. Chr. Peloponnesischer Krieg

Hinweise

Die Unterrichtseinheit konzentriert sich auf das Leben im Stadtstaat Athen um 450 v. Chr. Es kommt darauf an, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im perikleischen Athen durch konkrete Beispiele aus dem Alltagsleben zu veranschaulichen. Darüber hinaus sollten allgemeine Erkenntnisse vermittelt werden, wie z. B. die Einsicht in den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik oder in das Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Der Lehrer wird — in enger Anlehnung an den noch sehr begrenzten Erfahrungsbereich der Schüler — schon auf dieser Altersstufe zu einer Konfrontation von antikem und heutigem Demokratieverständnis gelangen können.

3.2 Rom — Ein Weltreich

Ziele

- Kenntnisse über das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben im Römischen Kaiserreich gewinnen und die Großmachtstellung des Reiches erfassen.
- Entstehung und Ausbreitung des Christentums im Römischen Reich kennenlernen.
- Unterschiedliche Formen von Beziehungen zwischen Römern und Germanen kennenlernen und Zusammenhänge zwischen dem Vordringen germanischer Stammesverbände und dem Untergang Westroms begreifen.
- An einfachen Beispielen römische und christliche Traditionen als wichtige Grundlagen europäischer Geschichte verstehen.

Schwerpunkte

- Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte römischen Alltagslebens. Die Entstehung und Durchsetzung des Christentums am Beispiel der Christenverfolgung.
- Das Aufeinandertreffen zweier verschiedener Kulturkreise (Römer und Germanen) und die Auswirkungen dieser Begegnung.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Das Leben im Römischen Kaiserreich

- Die Ausdehnung des Römischen Reiches (Überblick).
- Römische Kultur (z. B. Theater, Arenen, „Brot und Spiele“, Thermen, Wasserleitungen)
- Soziale und wirtschaftliche Lebensverhältnisse (z. B. soziale Schichten, Sklaven, Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die römische Familie)
- Entstehung und Ausbreitung des Christentums, Christenverfolgungen

2. Römer und Germanen

- Grenzsicherung im nördlichen Reichsgebiet (Limes, Kastelle)
- Die germanischen Nachbarn (z. B. Siedlungsformen, die germanische Sippe, Gefolgschaftswesen, Rechtsprechung: Thing)
- Das Verhältnis von Römern und Germanen (z. B. Handelsaustausch, Lehnwörter, germanische Soldner und Heerführer in römischen Diensten, Missionierung)
- Der Untergang des Weströmischen Reiches (Einfälle germanischer Stämme, Verfall der Städte)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Imperium
- Antike, Amt, Bürgerrechte, Hegemonie, Kultur, Sklaverei, Volksversammlung, Kaiser, Senat, Provinz, Limes, Stamm, Christentum, Missionierung, Germanen, Völkerwanderung, Gesetz.
- 1.—5. Jh. n. Chr. Römisches Kaiserreich
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
 - 31 v. Chr.—14. n. Chr. Regierungszeit des Augustus
 - 9 n. Chr. Schlacht im Teutoburger Wald
 - Etwa 30 n. Ch. Kreuzigung Christi
 - um 100 n. Chr. Größte Ausdehnung des Römischen Reiches
 - 250—300 n. Chr. Christenverfolgung im Römischen Reich
 - 391 n. Chr. Christentum wird Staatsreligion
 - 476 n. Chr. Ende des Weströmischen Reiches

Hinweise

Die Betrachtung des Alltags der römischen Bürger schafft Berührungspunkte mit der Lebenswelt der Schüler und kann so in besonderem Maße dazu beitragen, das Interesse an diesem für die Schüler noch neuen Fach zu fördern.

Die Schüler lernen eine antike Großmacht kennen, deren Kultur die Entwicklung des Abendlandes geprägt hat. Erkenntnisse werden gewonnen durch Gegenüberstellung und Vergleich des Entwicklungsstandes von Römern und Germanen.

Es geht darum, eine Vorstellung vom Fortwirken römischer Traditionen bis in die Gegenwart hinein zu vermitteln und nach Spuren römischer Vergangenheit und Überlieferungen zu suchen (Untersuchung von Wörtern lateinischer Herkunft, römische Stadtgründungen in West- und Süddeutschland, Ausbreitung des Christentums).

4.1 Kaiser und Papst im Mittelalter

Ziele

- Die Vorteile einer engen Zusammenarbeit von Kaiser und Papst für Reich und Kirche erkennen.
- Die Bedeutung des Klosters für die kulturelle Entwicklung in Westeuropa erörtern.
- Sich mit den Machtansprüchen von Kaiser und Papst auseinandersetzen.
- Lösungsmöglichkeiten für den daraus resultierenden Machtkampf erörtern.

Schwerpunkte

- Vorteile einer Verbindung von weltlicher und geistlicher Gewalt für die Beteiligten.
- Klärung der Ansprüche und Positionen im Investiturstreit.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Zusammenarbeit von Kirche und Reich

- Legitimierung der weltlichen Gewalt durch die geistliche (z. B. Kaiserkrönung Karls)
- Zeremoniell und Insignien
alternativ:
- Reichsbischöfe und Reichsäbte als Diener der weltlichen Gewalt (z. B.: die Reichskirche zur Zeit Ottos I.; Bischofsinvestitur: Amt, Aufgabe, Insignien)
- Schutz der geistlichen Gewalt (z. B.: Karl der Große und Leo III.; Heinrich II. als Kirchenreformer)
alternativ:
- Mission und Expansion (z. B.: Bonifatius, Karls gewaltsame Christianisierung, Slawenmission und Markenordnung zur Zeit Ottos I.)
- Klöster (Stiftungen und Schenkungen, Frömmigkeit, Arbeitsbereiche und Aufgaben großer Klöster)

2. Kampf um die Vorrangstellung — Der Streit zwischen Kaiser und Papst

- Investiturstreit (Forderung nach Unabhängigkeit der Kirche und dem Supremat des Papstes gegenüber der Behauptung der weltlichen Oberhoheit, Investitur der Bischöfe und Äbte, Machtverteilung im Reich)
- Lösungsmöglichkeiten (1. Anerkennung des Supremats des Papstes/Beispiel Canossa 1077; 2. Bestätigung der Oberhoheit des Kaisers/Beispiel Rom 1084; 3. Wormser Konkordat 1122)
- Auswirkungen auf das Reich (z. B.: Machtzuwachs und größere Unabhängigkeit für Städte und Reichsfürsten)

Grundbegriffe, Begriffe und Daten

- Herrschaftsteilung
- Geistliche und weltliche Gewalt, Erzbischof, Bischof, Abt, Kleriker, Laie, Kurie, Reichskirche, Kloster, Investitur, Insignien, Vasall, Interessenausgleich, Kompromiß, Bann, Dominanz, Hegemonie
- 1077 Canossa
- 1084 Kaiserkrönung Heinrichs IV. in Rom
- 1122 Wormser Konkordat
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
- 529 Gründung des Klosters Monte Cassino durch Benedikt von Nursia/Benediktinerregel
- 743 Die Benediktinerregel wird für Klöster im Frankenreich verbindlich
- 751 Pippin wird König der Franken
- 800 Kaiserkrönung Karls des Großen
- 936—937 Otto I. der Große
- 1039—1056 Heinrich III.
- 1076 Fürstentag zu Tribur

Hinweise

Das Thema leitet die Beschäftigung mit dem Mittelalter ein. Es empfiehlt sich, am Beispiel des Klosters die für das Mittelalter kennzeichnende Verflechtung von christlicher Religion und alltäglichem Leben deutlich zu machen. Ausgehend von Stiftungen und Schenkungen der Gläubigen läßt sich etwas von der mittelalterlichen Religiosität und damit von der Weltsicht und Weltdeutung mittelalterlicher Menschen zeigen; ebenso mit Beispielen für die Verehrung der Heiligen aus der Gewißheit, in ihnen unentbehrliche Helfer zu haben.

Die Unterrichtseinheit ist so angelegt, daß am überschaubaren Beispiel des Investiturstreits untersucht werden kann, welche unterschiedlichen (politischen und religiösen) Dimensionen ein Machtkonflikt haben kann.

Mit „Herrschaftsteilung“ in der Form, wie sie hier definiert wird, kann beispielhaft ein Weg zu einem friedlichen Neben- und Miteinander gleichstarker Kräfte, Gewalten, Mächte oder Staaten verdeutlicht werden. Als Gegensatz läßt sich eine Machtpolitik anführen, die mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Unterdrückung oder Unterwerfung des Gegners abzielt.

4.2 König und Fürsten im Mittelalter

Ziele

- Die Stellung des Königs und der Fürsten sowie ihr Zusammenwirken im mittelalterlichen Lehnverband kennenlernen.
- Anhand konkreter Beispiele Lösungsmöglichkeiten für den Machtkampf zwischen König und Fürsten aufzeigen und diskutieren.
- Die Herausbildung und Festigung der Landesherrschaft gegenüber der königlichen Zentralgewalt in Deutschland kennenlernen und mit der nationalstaatlichen Entwicklung in einem anderen europäischen Land vergleichen.

Schwerpunkte

- Wechselseitige Abhängigkeit und das daraus resultierende Zusammenwirken zwischen dem deutschen König als oberstem Lehnsherrn und den Fürsten als Kronvasallen im Lehnswesen an ein oder zwei Beispielen.
- Interessengegensätze und Machtkämpfe zwischen König und Fürsten. Machtverlust des deutschen Königtums gegenüber den Partikulargewalten.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. König und Fürsten im mittelalterlichen Lehnverband
 - Wechselseitige Abhängigkeit und Zusammenwirken (z. B. Königserhebung: Otto I. 936; Heerbann: Abwehr der Ungarn 955; Verwaltung: Reichstag)
 - Lehnsherr und Vasall: Treue — Schutz und Dienst — Lehen
2. Machtkampf zwischen König und Fürsten
 - Interessen (Grundlage des Konflikts: Verfügungsrecht über Lehen; König: Stärkung der Zentralgewalt im Sinne der Reichsidee; Fürsten: Erwerb und Sicherung landesherrlicher Hoheitsrechte, Autonomie gegenüber der Zentralgewalt)
 - Lösungsmöglichkeiten (Dominanz der Zentralgewalt, Dominanz der Partikulargewalten, Aufbau und Ausbau der Landesherrschaft, Interessenausgleich)
 - Auswirkungen (z. B. politische Zersplitterung und Handlungsunfähigkeit, kulturelle Vielfalt; im Gegensatz dazu: Nationalstaatliche Entwicklung in Frankreich und England)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Herrschaftsteilung
- Zentralgewalt und Partikulargewalt, Lehen, Lehnsherr, Vasall, Regalien, Heerbann, Gerichtsbarkeit, Land, Landesherr, Fürst, Kurfürst, Graf, Ritter, Ministeriale, Hausmacht, Reichstag.
Interessenausgleich, Kompromiß, Dominanz, Hegemonie.
- 936 Krönung Ottos I. zum deutschen König
- 1231/32 „Statutum in favorem principum“ unter Friedrich II.
- 1356 „Goldene Bulle“ Karls IV.
- 1495 Reichsreform Maximilians I.
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
- 919 Wahl Heinrichs I. zum deutschen König
- 955 Sieg über die Ungarn auf dem Lechfeld
- 1077 Gang Heinrichs IV. nach Canossa
- 1122 Wormser Konkordat
- 1152—1190 Friedrich I. Barbarossa
- 1215—1250 Friedrich II.
- 1254—1273 Interregnum
- 1338 Kurverein zu Rhense
- 1339—1453 Hundertjähriger Krieg zwischen England und Frankreich
- um 1500 Habsburg wird Großmacht

Hinweise

Das Thema behandelt einen begrenzten Bereich der „großen“ Politik. Die für das Mittelalter kennzeichnende enge Verflechtung von Religion und alltäglichem Leben sollte deshalb in einer entsprechenden Nahaufnahme vermittelt werden (z. B. „Bürger bauen einen Dom“). Materialien wie z. B. der Bericht über die Königskrönung Ottos I. oder die Buchmalerei aus dem Evangeliar Ottos III. sind geeignet, Schüler dieser Altersstufe an die mittelalterliche Sichtweise heranzuführen.

Der für diese Unterrichtseinheit unverzichtbaren Schematisierung des Lehnswesens („Lehnspyramide“) muß ein konkretes Beispiel vorangestellt werden, das die engen Beziehungen zwischen König und Vasallen verdeutlicht; dafür bieten sich alternativ die Bereiche Krönung, Heerwesen, Verwaltung und Gesetzgebung an. Der Lehrer sollte bemüht sein, die Handlungsbreite der königlichen Politik im Mittelalter aufzuzeigen; erst als alle Ansätze, die Dominanz der Zentralgewalt gegenüber den zentrifugalen Kräften zu bewahren, letztlich erfolglos bleiben, beschränkt sich der deutsche König selbst weitgehend auf die Rolle eines Territorialherren. Die entgegengesetzte politische Entwicklung in Frankreich und England sollte angedeutet werden.

Die Unterrichtseinheit ist so angelegt, daß am überschaubaren Beispiel untersucht werden kann, welche unterschiedlichen politischen Dimensionen ein Machtkonflikt haben kann. Mit „Herrschaftsteilung“ in der Form, wie sie hier definiert wird, kann beispielhaft ein Weg zu einem friedlichen Neben- und Miteinander gleichstarker Kräfte, Gewalten, Mächte oder Staaten verdeutlicht werden. Als Gegensatz läßt sich eine Machtpolitik anführen, die mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Unterdrückung oder Unterwerfung des Gegners abzielt.

Klasse 7

1. Bauern, Handwerker und Kaufleute im Mittelalter

Ziele

- Beispielhaft die Lebensweise einer Bauernfamilie im Rahmen der Grundherrschaft aufzeigen.
- Alltag und Lebenschancen von Handwerker- und Kaufmannsfamilien in den Städten mit dem Leben innerhalb der Grundherrschaft kontrastieren.
- Das friedliche Miteinander von Christen und Juden und die Ausgrenzung und Vertreibung von Juden kennenlernen.
- Sich mit gemeinsamen und gegensätzlichen Interessen von Kaufmannsgilden und Handwerkerzünften im Rahmen des Stadtrechts auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Die bäuerlichen Lebens- und Produktionsweisen in ihrer Abhängigkeit vom Grundherrn und unter den Bedingungen vorindustriellen Wirtschaftens.
- Die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Stadtherren und Bürgern sowie zwischen Patriarchat und Zünften.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Das Leben auf dem Lande im Mittelalter

- Die unfreie Bauernfamilie:
 - Arbeit: Lasten und Dienste
 - Wohnung: Hütte bzw. Schlafstelle
 - Nahrung: z. B. Brot und Brei
 - Kleidung: z. B. Wams und Bundschuh.
- Der Lebenszuschnitt (z. B. Arbeit, Wohnen, Essen und Kleidung) des ritterlichen Grundherrn
- Die Interessen der Unfreien: „Schutz und Schirm durch den Grundherrn (Perspektive: Überleben) contra Behauptung von Spielräumen gegenüber dem Grundherrn (Perspektive: Reduzierung von Abhängigkeit)
- Die Interessen der Grundherren: Maximale Ausnutzung unfreier Arbeitskraft (Perspektive: Herrschaftssicherung) contra Schonung ökonomischer Grundlagen (Perspektive: Machterhaltung)
- Grundherrenforderung (z. B. nach Kleidung beim „Todfall“) führt zur Stadtfucht des Abhängigen

2. Das Leben in der Stadt des Mittelalters

- Der Blick „von außen“:
 - z. B. Tore, Türme, Mauern: „Stadtluft macht frei“ („Freiheit“)
 - z. B. Markt, Kontore, Werkstätten: „Die Stadt als Insel des Fortschritts“ (Wirtschaftskraft)
 - z. B. Münster und Rathaus: „Der Stolz der Bürgerschaft“ (Unabhängigkeit)
- Der Blick ins Kaufmannskontor: Fernhandelskaufleute (z. B. Geschäftsprinzipien, Tageslauf, Wohnung und Lebenszuschnitt) und ihre Gilden
- Der Blick in die Werkstatt des Handwerkers: z. B. der Meister und seine Stellung in Zunft und Haushalt, „Frau Meisterin“, die Arbeitsorganisation, Preis und Konkurrenz
- Bestimmungen der „Kleiderordnung“ für Kaufleute und Handwerker
- Der Blick auf die „bürgerliche Freiheit“: Die Frontstellung der bürgerlichen „Schwurgemeinde“ gegen den Stadtherrn und seine Vögte
 - Die allmähliche Verdrängung des geistlichen oder weltlichen Stadtherrn
 - Die Frontstellung von Zünften und Gilden in der Frage der „Ratsfähigkeit“.
 - Der Rat wird „nach unten“ geöffnet (durch Zulassung zünftiger Ratsherren).
 - Die Frontstellung von Städten gegen Fürsten und Könige (die Hanse)
 - Eine Stadt wird „verhanst“

3. Juden in der Stadt

- Wirtschaftliche und kulturelle Leistungen
- Anfeindungen und Pogrome

Grundbegriffe, Begriffe und Daten

- Herrschaft
 Bürgertum
- Adel, Abgaben, Abhängigkeit, Aufstand, Bauer, „Besthaupt“, Burg, Bürgerrecht, Gilde, Dame, Fernhandel, Freiheit, Gesinde, Grundherr, Handwerk, Haus, Höriger, Knecht, Markt(-recht), Mauer, Patrizier, Pogrom, Rat, Ritter, Selbstverwaltung, „Schutz und Schirm“, Ständekämpfe, „Todfall“, Zins, Zehnt.
- Seit dem 11. Jh. Gilden
- Seit dem 12. Jh. Zünfte
- Seit dem 14. Jh. Ratsfähigkeit von Handwerkern
- 1233/34 Aufstand der Stedinger
- Verstärkt seit dem 12. Jh. Flucht in die Städte
- Zwischen dem 8. und 11. Jh. Blütezeit der Grundherrschaft.
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
- 1158 Neugründung Lübecks
- nach 1158 Aufstände der lombardischen Städte
- Ende 12. Jh. Entstehung von Ritterorden
- 1226 Gründung des Ordensstaates im Kampf gegen die Pruzzen
- 1370 Frieden von Stralsund

Hinweise

Wie überall in Deutschland sind auch auf Hamburger Gebiet die von der Grundherrschaft erhalten gebliebenen Zeugnisse eher solche der Grundherren als der Bauern.

1050 Burganlagen in Hamburg, z. B.: Bischofsburg (1037 erbaut), Wiedenburg (1043), Kastell auf dem Süllberg (ca. 1050)

1339—51 Zerstörung der Raubritterburgen von Wohldorf und Hummelsbüttel

1383 Geistliche Grundherrschaft Harvestehude (Nonnenkloster) auf Höhepunkt ihrer Macht (Nien-
dorf, Borstel, Ohlsdorf, Alsterdorf, Winterhude, Eppendorf, Eimsbüttel, Othmarschen, Lok-
stedt, Ottensen, Bahrenfeld, Rissen)

Durch die Einbeziehung des Hamburger Hafens können Aufgaben und Einfluß der Kaufleute sowie die Entstehung hafenbezogener Handwerksberufe verdeutlicht werden.

Die Stellung des Stadtherrn, die städtische Selbstreinigung, das Verhältnis zwischen Handwerkern und Kaufleuten und die Einbindung Hamburgs in die Hanse können z. B. von folgenden Stichworten aus angesprochen werden:

Freibriefe Kaiser Barbarossas 1189, Erster Rezeß 1410, Handwerkerverschwörung 1376, Blütezeit der Hanse um 1400, Enthauptung Störtebekers 1401.

2. Reformation und Bauernkrieg

Ziele

- Den Widerstand Luthers gegen die herrschende Kirche als Ergebnis seines Glaubens wahrnehmen und diskutieren.
- Die Reformation als eine religiöse Spaltung Deutschlands begreifen.
- Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Reformation und Bauernkrieg erörtern.

Schwerpunkte

- Luthers Konflikt mit der katholischen Kirche in der Zeit zwischen 1517 und 1521 und sein Widerstand gegen deren Machtanspruch.
- Der Beginn des Bauernkriegs und seine Ursachen an einzelnen Beispielen. Die politische Wirkung der Ideen Luthers.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Reformation

- Das gläubige Volk (Lebensängste; Heiligenverehrung, Votivgaben, Wallfahrten; Volksprediger und Bruderschaften; Hexenwahn)
- Der Anspruch der Kirche (Kleriker und Laien; Bevormundung der Laien: Alltagsleben, Wissenschaft, Politik; Sicherung kirchlicher Privilegien)
- Mißstände in der Kirche (Kirchenfürsten: Pfründen, Lebensstil; Ablaßhandel: die großen Organisatoren / die wandernden Händler)
- Martin Luther (Herkunft und Werdegang; persönliches Erleben und theologische Folgerungen; Kritik am Ablaßhandel — Luthers Thesen)
- Der Wormser Reichstag von 1521 und seine Folgen (Karl V. und sein Reich; Luther vor dem Reichstag; Wormser Edikt; Kurfürst Friedrich der Weise; Bibelübersetzung; Wittenberg und das Kurfürstentum Sachsen; Verbreitung der Lehre Luthers im Reich)
- Der Augsburger Religionsfriede von 1555

2. Der Bauernkrieg

- Die Lebensverhältnisse der Bauern um 1500
- Forderung der Bauern (Zwölf Artikel; Flugblätter: Ständebaum, Kritik am Klerus, Umkehrung der Machtverhältnisse; Rezeption Luthers: Wie die Bauern Luther verstanden)
- Widerstand der Bauern (Zentren der Erhebung; Bauernhaufen, Kriegsführung; Unterstützung durch einzelne Ritter, einzelne Städte; Vergleich mit früheren Aufständen: Bundschuh, Armer Konrad)
- Martin Luther und der Bauernkrieg: Der Grundstein für die evangelischen Landeskirchen wird gelegt.
- Thomas Müntzer: Die Kirche des „gemeinen Mannes“
- Niederschlagung der bäuerlichen Erhebungen (Kriegsführung der Landesherrn; Strafgerichte — Rachezüge — einzelne Opfer: Tilman Riemenschneider, Jerg Ratgeb; die Landesherrn als Sieger)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Widerstand
- Ablaßhandel, Klerus, Papst, Laien, Kurfürsten, Kaiser, Reichstag, Reichsstände, Konfessionen, Landeskirche, Landesherr; Ständegesellschaft, Abgaben, (Fron-)Dienste, Zehnt, gemeiner Mann, Zwölf Artikel
- 31. 10. 1517 Luthers 95 Thesen gegen den Ablaßmißbrauch (Reformationstag)
 - 1521 Reichstag in Worms; Beginn der Bibelübersetzung
 - 1524/25 Deutscher Bauernkrieg

— Orientierungs- und Verknüpfungsdaten

1468	Thomas Müntzer geboren (hingerichtet 1525)
1483	Martin Luther geboren (gestorben 1546)
1493	Bundschuh-Aufstand in Schlettstadt
1514	Aufstand des Armen Konrad
1523	Der Rat von Zürich nimmt Zwinglis Reformprogramm an
1528	Hamburg wird lutherisch; Bugenhagen kommt nach Hamburg
1531	Die evangelischen Reichsstände bilden den Schmalkaldischen Bund
1534	Gründung der „Societas Jesu“ mit dem Ziel, die Papstkirche zu erneuern
1534/35	Herrschaft der Wiedertäufer in Münster
1555	Augsburger Religionsfriede
1618—1648	Dreißigjähriger Krieg

Hinweise

Der Grundbegriff „Widerstand“ läßt sich am Handeln Luthers und dem der Bauern verdeutlichen. Luthers Handeln ist ein Beispiel für individuellen Widerstand gegen die Verfehlung einer übermächtigen Kirche aus der eigenen religiösen Wahrheit heraus. Das Handeln der Bauern ist ein Beispiel für den breiten Widerstand innerhalb eines Standes gegen eine als Unrecht erfahrene politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung und ihre Repräsentanten. Die spontane Aufnahme einzelner Äußerungen Luthers in die Proklamationen der Bauern, ohne Rücksicht auf die Intention des Verfassers, zeigt beispielhaft, wie eine Erkenntnis, die vielen Zeitgenossen unmittelbar einleuchtet, Widerstand zu organisieren und zu legitimieren hilft.

Bei der Behandlung der Reformation können Vorwissen und eigene Positionen in der Klasse einbezogen werden, wenn die Frage gestellt wird, welche Rolle die Kirche in der Gegenwart spielt, z. B. Gottesdienst, kirchliche Feiertage, Familienfeiern, Kirchentage, Friedensbewegung, Aktion „Brot für die Welt“, kirchliche Diakonie und ob Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche bekannt sind.

Das Beispiel des jungen Luthers kann den Blick dafür öffnen, was Religion für den einzelnen bedeuten kann. Die unterschiedlichen Möglichkeiten, das Christentum zu deuten und im Sinne dieser Deutung zu leben, läßt sich durch die Gegenüberstellung von Luther und der damaligen katholischen Kirche, aber auch von Luther und Müntzer, aktuell durch die Kontroverse innerhalb der katholischen Kirche Lateinamerikas, anschaulich machen.

Um die Auswirkungen der Gedanken Luthers zu begreifen, ist es wichtig, auf die Bedeutung des mit beweglichen Lettern arbeitenden Buchdrucks hinzuweisen, der die rasche Verbeitung der Thesen und späteren Schriften ermöglichte und damit eine Öffentlichkeit und breite Wirksamkeit herstellte, die Luther zunächst weder beabsichtigt noch erwartet hatte.

3. Entdeckungen und Eroberungen

Ziele

- Einen Überblick über Handelswege und Warenströme am Ende des 15. Jahrhunderts gewinnen, wirtschaftliche Interessen der Beteiligten erkennen.
- Ursachen für die Entdeckungen und Eroberungen im 14./15. Jahrhundert erkennen und ihre Folgen erörtern.
- Eine indianische Kultur kennenlernen und das Verhalten gegenüber Europäern aus unterschiedlichem Blickwinkel beurteilen.

Schwerpunkte

- Ursachen, Bedingungen der Entdeckungsfahrten und Eroberungen.
- Charakteristische Merkmale einer Indianerkultur: Leistungen und Grenzen; ihre Zerstörung.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Voraussetzungen und Bedingungen

- Einschränkung des Handels mit Indien und die Folgen (u. a. Bedarf an Stoffen und Gewürzen)
- Technischer Fortschritt (z. B. Weltkarte des Toscanelli und neue Navigationsmöglichkeiten)
- Entdecker, Eroberer und Kolonisatoren (z. B. Biographie des Christoph Columbus)

2. Indianische Hochkultur (Inka oder Azteken)

- Organisiertes Leben und Wirtschaften (z. B. Kalender, Bewässerungssystem, Stadtanlagen, Abgabenzwang und soziale Sicherheit, Menschenopfer)
- Konfrontation zweier Kulturen. Indianer und Weiße (z. B. Atahualpa — Pizarro oder Montezuma — Cortéz)
- Zerstörung der indianischen Reiche
z. B. Peru (Pizarro) oder Mexiko (Cortéz)
- Die Kolonialherren und ihr Kritiker Las Casas.

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Kolonialherrschaft
Abhängigkeit
- Azteken, Ausbeutung, Christianisierung, Conquista, Genossenschaft, Heide, Hochkultur, Inka, Kolonialismus, Kolonie, Latifundien, Maya, Monokultur, Plantage, Rohstoffe, Sklaverei, Theokratie.
- 1492 Entdeckung Amerikas durch Kolumbus
- 1518—1521 Cortéz erobert und zerstört das Aztekenreich
- 1531—1534 Pizarro erobert und zerstört das Reich der Inka
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
- 1494 Vertrag von Tordesillas: Papst Alexander VI. teilt die Welt zwischen Spanien und Portugal auf
- 1498 Vasco da Gama erreicht Indien auf dem Seeweg
- 1519—1522 Erste Erdumsegelung durch Magellan
- 1518—1807 Sklaventransporte aus Schwarz-Afrika nach beiden Amerika
- 1588—1767 Jesuitenstaat in Paraguay
- 1812—1830 Unabhängigkeitskampf unter Bolivar gegen die spanische Kolonialherrschaft

Hinweise

Das Thema eignet sich, die schon im 16. Jahrhundert (z. B. bei Las Casas) aufbrechende Diskussion, wie die europäischen Entdecker und Eroberer dem Fremden und Andersartigen gegenüberzutreten sollten, auch für die Schüler zum Problem zu machen. Unter der Leitfrage: Europäisierung contra Achtung fremder Kulturen könnte die zeitgenössische Kontroverse in der Klasse nachvollzogen und den Gründen für den Untergang indianischer Hochkulturen nachgespürt werden.

Am Schluß des Unterrichts sollte in einem Ausblick nach der Lage südamerikanischer Indianer heute gefragt werden.

4. Absolutismus in Frankreich und Preußen

Ziele

- Den Machtanspruch des Königs gegenüber der ständischen Opposition erkennen.
- Die Konzentration der Macht in den Händen des absoluten Monarchen als entscheidenden Schritt zum modernen Staat erkennen.
- Sich mit der Staatsräson Friedrichs II. auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Die absolutistische Herrschaft Ludwigs XIV., Bürokratie, stehendes Heer und Steuereinnahmen als Mittel des Königs, seinen Machtanspruch durchzusetzen.
- Friedrichs II. aufgeklärte Haltung zum Werden des modernen Staates. (Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Bildung).

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die absolutistische Herrschaft Ludwigs XIV.

- Der „Sonnenkönig“ (Der Hof von Versailles als „Bühne des Absolutismus“)
- Weitgehende Eingliederung opponierender Stände durch Partizipation an der Macht (Privilegierung, Nobilitierung, Titelkauf etc.)
- Der Anspruch des Königs: „Der Staat bin ich!“ (Basis der Macht: Beamtschaft, stehendes Heer, Steuereinnahmen)
- Der Merkantilismus (Staatliche Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit dem Ziel, die staatlichen Einnahmen zu erhöhen; z. B. die Manufakturen)

2. Der aufgeklärte Absolutismus Friedrichs II. in Preußen

- Der König als „erster Diener des Staates“ (Kabinettpolitik des Königs — politische Unmündigkeit des Volkes)
- Der „Gerechtigkeitssinn“ des Königs (z. B. Der Fall des Müllers Arnold)
- Toleranz und Vernunft (Glaubensfreiheit, Abschaffung der Folter und der Hexenprozesse, begrenzte Förderung der Schulbildung)
- Das Machtstreben Friedrichs II. (z. B. Die Schlesischen Kriege: Der Erfolg und sein Preis)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Staatsräson
Toleranz
- Absolutismus, aktive Handelsbilanz, Bürokratie, Intendanten, Kabinettpolitik, König von Gottes Gnaden, Manufaktur, Merkantilismus, Monarchie, Opposition, Privilegien, Rechtsstaat, Staatshaushalt, stehendes Heer, Steuern, Souverän, Vernunft.
- 1648—1789 Zeitalter des Absolutismus
1661—1715 Ludwig XIV.
1740—1786 Friedrich II.
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
1618—1648 Dreißigjähriger Krieg
1740—1745 Schlesische Kriege
1756—1763 Siebenjähriger Krieg
1772 Erste Polnische Teilung
1740—1780 Maria Theresia
1780—1790 Joseph II.

Hinweise

Um einer Verwechslung des absoluten Staates mit einer modernen Diktatur vorzubeugen, empfiehlt es sich, die Herrschaft Ludwigs XIV. nicht so darzustellen, als ob sie alle Lebensbereiche total erfaßt hätte; vielmehr mußte der König den Ständen eine gewisse Partizipation zubilligen, wenn er seinen zentralen Machtanspruch annähernd realisieren wollte.

Es bietet sich an, den Unterschied zwischen absolutistischem Staat und parlamentarischem Verfassungsstaat herauszustellen und dabei die Frage des Monopols staatlicher Herrschaftsausübung zu erörtern.

Klasse 8

1. Die Französische Revolution

Ziele

- Die unterschiedlichen Interessen der versammelten Stände erkennen und sich mit Gründen für den revolutionären Akt der Bildung einer Nationalversammlung auseinandersetzen.
- Zusammenhänge zwischen der Notlage des Volkes (Kriegslasten, Steigerung der Lebenshaltungskosten, Spekulantentum) und der Errichtung der Jakobinerdiktatur begreifen.
- Ziele und Mittel des Kampfes gegen die inneren Feinde der Revolution diskutieren und beurteilen.

Schwerpunkte

- Das Versagen der absoluten Monarchie gegenüber der sich zuspitzenden Staatskrise und gegenüber den starken oppositionellen Kräften.
- Die Zeit der Jakobinerherrschaft und die Gegensätze innerhalb des 3. Standes.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Das Ende des Absolutismus — Frankreich wird eine konstitutionelle Monarchie
 - Die Krise des „Ancien Régime“ (Staatsbankrott, Einberufung der Generalstände)
 - Die Nationalversammlung (Machtanspruch des Königs — Selbstbewußtsein des 3. Standes; Ludwig XVI. — Mirabeau)
 - Der Sturm auf die Bastille. Alternativ: Zug der Frauen nach Versailles (Machtanspruch des Königs — Machtanspruch des Volkes; Abschaffung des Feudalismus; Erklärung der Menschenrechte),
 - Die Verfassung von 1791 (Abschaffung des Absolutismus; Zensuswahlrecht)
2. Die Republik am Scheideweg: Radikalisierung der Revolution — Schreckensherrschaft
 - Die neue Opposition: Klerus, Kleinbauern und Tagelöhner
 - Die politische Rechtlosigkeit der Frauen (Olympe M. de Gouges)
 - Der 1. Koalitionskrieg (Kriegserklärung — innerpolitische Voraussetzungen; Vormarsch der Gegner — Auswirkungen in Frankreich)
 - Jakobiner und Sansculotten (politische Forderungen und Ziele; ihre Macht, ihre Machtmittel; ihre Gegner, Robespierre — Hébert — Danton. Das Ende der Jakobinerdiktatur)
 - Ausblick auf Napoleon Bonaparte (1794: Herrschaft des Besitzbürgertums; das Scheitern des Direktoriums; Aufstieg des Militärs zum entscheidenden Machtfaktor; Napoleon wird 1. Konsul)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Menschenrechte
Volkssouveränität
- Revolutionäre Gewalt, Nationalversammlung, Verfassung/Konstitution, Volksvertretung, Gewaltenteilung, Republik, Diktatur; Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — Frauenrechte; Zensuswahlrecht, Besitzbürgertum, Jakobiner, Sansculotten.
- 14. Juli 1789 Sturm auf die Bastille
- 1791 Frankreich bekommt eine Verfassung, aus der absoluten Monarchie wird eine konstitutionelle
- 1792 Frankreich wird Republik
- 1793/1794 Jakobinerherrschaft
- 1799 Napoleon wird 1. Konsul

— Orientierungs- und Verknüpfungsdaten

1792	Kriegserklärung Frankreichs an Österreich; Beginn des 1. Koalitionskrieges
1803	Reichsdeputationshauptschluß
1804	Kaiserkrönung Napoleons
1806	Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation; Sieg Frankreichs über Preußen. Verkündung der Kontinentalsperre
1806	Beginn der Preußischen Reformen
1812	Rußlandfeldzug
1813	Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig
1814/1815	Wiener Kongreß

Hinweise

Das Thema bietet viele Möglichkeiten, um einen Gegenwartsbezug herzustellen; z. B.: Menschenrechte, Gewaltenteilung, Volkssouveränität als Grundlagen für unsere politische Ordnung; die Rechtfertigung/Verurteilung von innenpolitisch (z. B.: Jakobinerdiktatur) und außenpolitisch (1. Koalitionskrieg) eingesetzter Gewalt; die grundsätzliche Anerkennung der Menschenrechte, aber ihre abgestufte Verwirklichung.

Eine eindeutige Entscheidung für einen der Gegenwartsbezüge erleichtert Auswahl und Strukturierung der Unterrichtseinheit.

In der Französischen Revolution geht es auch um die Durchsetzung zentraler politischer Ideen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Nation usw. Diese Ideen sind Schülern der Altersstufe in ihrer allgemeinen Bedeutung nicht zugänglich. Ein Eingehen auf einzelne Personen kann helfen, in deren Handeln die Ideen konkret faßlich zu machen.

2. Industrialisierung und Arbeiterbewegung

Ziele

- Den Rückstand, mit dem die deutschen Staaten im Vergleich zu England in den Industrialisierungsprozeß eintraten, erkennen und seine Konsequenzen erörtern.
- Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Arbeiten, Wohnen und Umweltverhalten benennen und aus unterschiedlichem Blickwinkel deuten.
- Forderungen der Arbeiterbewegung und Reaktionen des Staates als Folgen des Industrialisierungsprozesses analysieren.

Schwerpunkte

- Die Verspätung des Industrialisierungsprozesses im Vergleich zu England und sich daraus ergebende Merkmale der deutschen Entwicklung.
- Der krisenhafte Modernisierungsprozeß, wie er sich in Lebenswelt und Politik der Industriearbeiterschaft spiegelt und staatliche Reaktionen herausfordert.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Deutschland — Ein „Entwicklungsland“ holt auf
 - Kontrast England: „Mutterland der Industrie“
 - Zeitlicher Vorsprung
 - Technischer Vorsprung: Dampfmaschine
 - Mentaler Vorsprung: „Jeder ist seines Glückes Schmied!“ (Preußen: mühsame Lösung aus zünftlerischer Bevormundung)
 - Gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Ein selbstbewußtes Wirtschaftsbürgertum (Deutsche Staaten: Starres Gehäuse des Obrigkeitsstaates)
 - Kontrast Frankreich: „Bürgertum an der Macht“
 - (Der einheitliche Wirtschaftsraum — Deutscher Zollverein erst 1834)
 - Gesicherter Status der Bürger (Menschen und Bürgerrechte — Paulskirchenverfassung erst 1848)
 - Deutschland: Der Staat ergreift die Initiative
 - Reformen statt Revolution (z. B. Gewerbefreiheit)
 - Industriespionage (z. B. Nachbau englischer Dampfmaschinen)
 - Prämien für Unternehmer (z. B. Gewerbeförderung in Preußen)
 - Kontrolle der Unternehmen (z. B. Fabrikinspektoren in Preußen)
 - Wirtschaftsbürgertum: Die abweichende Modernisierung
 - Eisenbahnnetz und Zollverein (z. B. Fr. List)
 - Eisenbahnbau als Leitsektor (ab 1835)
 - „Feudalismus“ der Unternehmer (die Rolle der „Schlotbarone“)
 - Ausblick: „Organisierter Kapitalismus“
2. Modernisierung und ihre Folgen
 - Wie das Leben der Menschen sich verändert.
 - Maschinen- statt Handarbeit
 - Disziplinierung durch Fabrikordnung
 - Konkurrenz der Arbeiter untereinander
 - Ausbeutung/Kontrolle durch den Unternehmer
 - Arbeiterfamilien in der Mietskaserne: Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz
 - Hygiene und typische Krankheiten (z. B. Tbc)
 - Umstellung des Tageslaufs und der Eßgewohnheiten (Alkohol, „neue Genußmittel“)
 - Lebenserwartung und Mobilität
 - Unternehmer in Fabrik und Umwelt
 - „Herr im Hause“- Standpunkt
 - Schornsteine als Symbole von Wohlstand und Fortschritt
 - Windrichtung und Villenviertel
 - Wasser und Luft als kostenlose Güter

- Wie die Arbeiter sich organisieren
 Formen des Widerstands: Maschinenstürmerei, Streik; Zusammenschluß zu Gewerkschaften, Parteien und Genossenschaften
 Politische Programme: Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“
 ADAV (1863) und SDAP (1869) und die Gründung der SPD (1875)
- Wie Staat, Kirchen und Unternehmer reagieren
 Reichskanzler Bismarck: Konzession und Repression
 Sozialgesetzgebung und Sozialistengesetz. Christliche Kirchen (z. B. Ketteler und v. Bodelschwingh); „Soziale Unternehmer“ (z. B. Siemens und Harkort)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Industrialisierung
 Sozialismus
- Arbeiter(-bewegung), Arbeitsplatz, Gewerkschaft, Großstadt, Kapital(-ismus), Klassenkampf, Kommunismus, Maschine, Mietskaserne, Proletarier, Reform, Revolution, Sonderweg, Sozialismus, Sozialdemokratie, Sozialgesetzgebung, Staat, Unternehmer, Umwelt.
- ab ca. 1770 Beginn der Industrialisierung
 - 1835 Erste deutsche Eisenbahn (Nürnberg—Fürth)
 - 1848 Manifest der Kommunistischen Partei
 - ab 1883 Sozialgesetzgebung
 - ab 1879 Sozialistenverfolgung
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
 Großbritannien:
 - seit 1694 „Bank of England“
 - Seit 1707 Freihandel
 - 1764 Erste Spinnmaschine
 - 1766 Erster Hochofen
 - 1767 Patent für Dampfmaschine (Watt)
 - 1814 Erste Lokomotive (Stephenson)
 - 1776 Hauptwerk von Adam Smith („Wealth of Nations“)
 Deutsche Staaten:
 - 1806 Beginn der preußischen Reformen (Stein/Hardenberg)
 - 1811 Gründung der Krupp-Werke (in Essen)
 - 1821 Gründung der „Gewerbevereine“ zur Industrieförderung (Beuth)
 - 1840 Beginn der Kunstdüngerproduktion (Liebig)
 - 1846 Hungerkrise in Deutschland
 - 1865 Beginn chemischer Massenproduktion (BASF)

Hinweise

Das Thema eignet sich in doppelter Hinsicht für Kontrastierungen:

Zum einen sollte den Schülern deutlich werden, daß es sich bei der technischen Modernisierung um einen Prozeß handelt, der andauert, sich sogar beschleunigt. Ein Ausblick auf z. B. die Computerisierung und Gentechnologie unserer Tage könnte dies belegen.

Zum anderen sollte erarbeitet werden, welche tiefen geschichtlichen Einschnitt die Industrialisierung darstellt. Ein Rückgriff auf Lebens- und Produktionsweisen vorindustrieller Epochen könnte deutlich machen, wie sich die Menschen zunehmend der Technik bedienen.

Die Schattenseiten dieser Industrialisierung, besonders im ökologischen Bereich, könnten auch durch kleine Projekte („Wie hat sich unser Stadtviertel seit der Industrialisierung verändert?“ o. ä.) erarbeitet werden.

3. Auseinandersetzung um Bürgerfreiheit und Einheit in Deutschland von 1848—1890

Ziele

- Liberale und nationale Forderungen des Bürgertums als wesentliche Ursachen der Revolution von 1848/49 erkennen.
- Die Gründe für das Scheitern der Revolution von 1848/49 untersuchen und diskutieren.
- Die Gründung des Deutschen Reiches als Durchsetzung der Einheit von „oben“ begreifen und sich mit den Auswirkungen dieser Machtpolitik auf die Gestaltung des Reiches und das politische Bewußtsein seiner Bürger auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Die revolutionäre Bewegung in Deutschland, der Verfassungsentwurf eines auf Volkssouveränität begründeten Nationalstaates.
- Die politische und gesellschaftliche Dominanz von Fürsten und Militärs im neugeschaffenen Reich.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die revolutionäre Bewegung
 - Forderungen des liberalen Bürgertums (z. B. das Hambacher Fest).
 - Barrikadenkämpfe in Berlin (Forderungen des Volkes — Demütigung des Königs)
 - Nationalversammlung in der Paulskirche
 - Ziele: Freiheit und Einheit der deutschen Nation (Verabschiedung der Grundrechte; Durchsetzung der Volkssouveränität in der Verfassung von 1848/49; Frage nach den Grenzen des deutschen Nationalstaates: großdeutsche—kleindeutsche Lösung)
 - Sieg der Reaktion (Gegenrevolution in Österreich und Preußen; Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König)
2. Das Deutsche Reich
 - Bismarck und die deutsche Einigung
 - Die Kriege gegen Österreich und Frankreich und die Kaiserproklamation in Versailles
 - Die Macht des Kaisers und der Fürsten im Reich von 1871
 - Die dominierende Rolle des Militärs in der Gesellschaft des Kaiserreiches

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Nation
Nationalstaat
- Bundesstaat, demokratisch, Einheit, Freiheit, Gegenrevolution, Grundrechte, liberal, Nationalfarben, Nationalhymne, Nationalversammlung, Reaktion, Reichstag, Revolution, Souveränität, Verfassung, Vormärz.
- 1814 Wiener Kongreß
- 1848 Revolution in Paris, Wien, Berlin
- 1870/71 Deutsch-französischer Krieg
- 1871 Gründung des Deutschen Reiches und Kaiserproklamation

Hinweise

Denkbar wäre auch, daß der Unterricht von der Existenz zweier deutscher Staaten und der Ausbildung eines eigenen Staatsbewußtseins in der Zweiten Österreichischen Republik ausginge. Fragen nach Nationalbewußtsein und nationaler Identität einerseits und die Bindung an Werte wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Menschenwürde andererseits könnten zum Gegenstand der Erörterung gemacht und mit Sachverhalten der Geschichte des deutschen Nationalstaats kontrastiert werden. Zu untersuchen wäre auch die Attraktivität der Loyalitäten Bundesrepublik Deutschland, Deutschland, Europa, Weltgesellschaft. Die Bedeutung nationaler Symbole für den einzelnen und für eine Großgruppe könnte diskutiert werden.

4. Imperialismus und Weltkrieg

Ziele

- Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen der industriellen Entwicklung und dem Streben nach Kolonialbesitz und Einflußphären erkennen.
- Verbindungen zwischen Sendungsbewußtsein von Nationen und dem Aufbau von Imperien erörtern.
- Sich mit den Beweggründen und der Berechtigung von Unabhängigkeitsbestrebungen in den unterworfenen und abhängigen Ländern auseinandersetzen.
- Den 1. Weltkrieg als Folge und Ausdruck des Machtkampfes imperialistischer Staaten um die Aufteilung der Welt erfassen.

Schwerpunkte

- Wesentliche Voraussetzungen und Bedingungen für das Entstehen des Imperialismus am englischen und deutschen Beispiel.
- Das Verhältnis zwischen den imperialistischen Großmächten, die Aufteilung der Welt, die Aufrüstungspolitik; Versuche, den Krieg zu verhindern.
- Ausbruch und Ende des 1. Weltkrieges; die Antikriegsbewegung.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Das Entstehen des Imperialismus

- Der Wettlauf um die Aufteilung der Erde (die Großmächte, ihre Imperien, Expansionsrichtungen, Handelswege, Verkehrs- und Transportmittel)
- Ökonomische Triebkräfte des Imperialismus (am Beispiel der deutschen Stahlproduktion: Monopolisierung, Bildung von Finanzkapital; Bedeutung für Waffen-, Eisenbahn- und Dampfschiffbau; Absatzmärkte und Rohstoffe)
- Das Sendungsbewußtsein der imperialistischen Nationen (z. B. C. Rhodes und R. Kipling)
- Kolonialverwaltung und ihre Folgen (z. B. Monokulturen, wirtschaftliche Ausbeutung, Zerstörung von Kulturen)

2. Die Welt unter der Herrschaft des Imperialismus

- Der Kolonialismus wird beerbt: der Dollarimperialismus (ökonomische und militärische Intervention in Mittelamerika, Kanalbau in Panama)
- Antiimperialistischer Widerstand (Boxeraufstand in China, Aufstand der Hereros)
- Aufrüstung und Kriegsziele in Deutschland (die kontinentalen Expansionsziele: der Mitteleuropa-Plan)
- Versuche, den Krieg zu verhindern (Haager Friedenskonferenzen, Internationale Friedenskongresse)

3. Der 1. Weltkrieg

- Ausbruch des Krieges
- Zusammenbruch der Mittelmächte
- Deutsche und internationale Opposition zur Aufrüstung und zum Krieg
- Antikriegsbewegung

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Imperialismus
- Absatzmärkte, Chauvinismus, Einflußsphäre, Entente-Mächte, Fertigware, Finanzkapital, Großmächte, Kapitalexport, Kolonialismus, Kolonisation, Militarismus, Mitteleuropa-Plan, Mittelmächte, Monokultur, Rassismus, Rohstoffe, Sendungsbewußtsein, Wettüsten.
- ca. 1870—1914 Imperialistische Aufteilung der Erde
 - 1899/1907 Haager Friedenskonferenzen
 - 1905 Friedensnobelpreis an Bertha von Suttner
 - ab 1890 Politik des Neuen Kurses in Deutschland
 - 1900 Boxeraufstand in China
 - 1904—1907 Aufstand der Hereros gegen die deutsche Herrschaft
 - 1914—1918 1. Weltkrieg
 - 1919 Versailler Vertrag

— Orientierungs- und Verknüpfungsdaten	
1810—1822	Unabhängigkeitskämpfe in Lateinamerika
1823	Monroe-Doktrin
1857/58	Freiheitskämpfe in Indien
1869	Eröffnung des Suez-Kanals
1878	Berliner Kongreß
1884	Deutsches Schutzgebiet „Süd-West-Afrika“
1898/99	Faschoda-Krise
1905	Russisch-japanischer Krieg
1911	2. Marokko-Krise
1914	Eröffnung des Panamakanals
1919/20	Völkerbundmandate

Hinweise

Die Thematik bietet Gelegenheit, Zusammenhänge zwischen Innen- und Außenpolitik kennenzulernen. Argumentationsweisen und Einflußmöglichkeiten imperialistischer Interessengruppen sind an Beispielen zu erarbeiten.

Es empfiehlt sich, die imperialistische Politik der Großmächte solchen Argumenten gegenüberzustellen, mit denen diese Politik gerechtfertigt wurde. Auf diese Weise können die Schüler an das Ideologieproblem herangeführt werden. Der Lehrer kann auch so vorgehen, daß er die Gründe, die die Kolonialbefürworter für die Notwendigkeit der kolonialen Expansion anführten, mit tatsächlichen Ergebnissen der Kolonialpolitik vergleicht. Begriffe wie Mutterland, Schutzgebiet, Schutzvertrag, Eingeborene sollten auf ihren Sinn- und Wahrheitsgehalt überprüft werden.

Bei der Behandlung des 1. Weltkrieges sollte die neue Dimension des Krieges als Materialschlacht unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen hervorgehoben werden.

Der Altersstufe entsprechend sollte auf eine Diskussion von Imperialismustheorien verzichtet werden.

Zu nutzen wäre die Chance, den Blick zu öffnen für internationale, weltpolitische Ereignisse und Vorgänge, die bis heute z. T. sogar ganz unmittelbar nach- bzw. fortwirken (Grenzkonflikte in der Dritten Welt, Rassismus in Südafrika) oder deren Fragen sich heute unter veränderten Bedingungen neu stellen (internationale Weltwirtschaftsforderung, nationale Unabhängigkeitsbewegungen, Exportland Bundesrepublik Deutschland).

Klasse 9

1. USA und UdSSR — Die neuen Weltmächte

Lernziele

- Gründe für die Weltmachtposition der USA und der UdSSR erkennen.
- Charakteristische Merkmale der amerikanischen und der sowjetischen Gesellschaft kennen und zugrunde liegende Verfassungsprinzipien bedenken.
- Sich mit der Rolle beider Staaten als Weltmächte auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Wichtige Merkmale der Gesellschaft der USA bzw. der UdSSR in der Zeit zwischen den Weltkriegen an Beispielen von Lebensverhältnissen.
- Voraussetzungen, Motive, Interessen und Ziele in der Vor- und Weltmachtpolitik der USA bzw. der UdSSR.

Anregungen für die Gestaltung des Unterrichts

1.1 Nachkriegsboom und Depression in den USA

- Folgen des Engagements der USA im Weltkrieg
- Umwälzung von Lebensverhältnissen (z. B. Wolkenkratzer, Vorstädte, Slums, Autos auch für den „Kleinen Mann“, Konsumgüter)
- Lebensgefühl der „Roaring Twenties“ (z. B. Filme, Unterhaltungsmusik, Moderne Tänze)
- Wilde Spekulation und Börsenkrach
- Farmer in der Zeit der Wirtschaftskrise
- Arbeitsbeschaffung unter Roosevelt

1.2 Revolution und Sozialismus in der UdSSR

- Ziele der Revolution
- Leibeigenschaft — Kulaken — Kollektivierung
- Rückständigkeit — Modernisierung
- Analphabetismus — Volksbildung
- Verfolgungen, Schauprozesse, Deportationen

2.1 Von der kontinentalen Expansion zum Imperialismus (USA)

- Besiedlung des Westens (Frontier)
- Wirtschaftliche und politische Expansion (z. B. Mittelamerikapolitik; Hegemonie über Lateinamerika)

2.2 Imperialismus des Zarenreichs und sowjetische Machtpolitik

- Ausdehnung des zaristischen Rußlands (z. B. Eroberung Sibiriens)
- Sicherheitspolitik und Hegemonialbestrebungen (z. B. Kominternpolitik)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Weltmacht
- Frontier, Selfmademan, Dollarimperialismus; Open-door-Politik, Prosperity, Überproduktionskrise, New Deal, Oktoberrevolution, Sowjet, Kollektivierung, Kolchose, Sowchose, Modernisierung, Weltrevolution, Komintern.
- 1917 Kriegseintritt der USA, Oktoberrevolution
- 1929 „Schwarzer Freitag“
- 1928 Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft

— Orientierungs- und Verknüpfungsdaten

1776—1783	Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg
1787	Verfassung der Vereinigten Staaten
1861—1865	Sezessionskrieg
1823	Monroe-Doktrin
1898	Spanisch-Amerikanischer Krieg
1905	Revolution in Rußland
1917	Februarrevolution
1918—1920	Russischer Bürgerkrieg
1919	Gründung der III. Internationale (Komintern)
1921	Aufstand in Kronstadt

Hinweise

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Unterrichtseinheit steht die Behandlung von Lebensverhältnissen, die an Alltagssituationen konkretisiert werden sollten. Das politische System, einschließlich der Verfassungsprinzipien, wird nur als eine Rahmenbedingung für die Lebenswirklichkeit einbezogen.

Eine tiefgehende Behandlung von Ideologien und ihrer Manifestation in der jeweiligen Verfassungswirklichkeit muß dem Unterricht der Oberstufe vorbehalten bleiben. Auch auf eine ausführliche Darstellung ereignisgeschichtlicher Zusammenhänge sollte verzichtet werden.

Da Bedeutung und Rolle der beiden Mächte in der heutigen Weltpolitik erkannt werden sollen, ist im Unterricht von aktuellen politischen Geschehnissen auszugehen. Möglich ist, typische Merkmale des amerikanischen „way of life“ oder des „real existierenden Sozialismus“ zunächst anhand von Berichten über die gegenwärtigen Verhältnisse aufzuzeigen und hierbei gewonnene Eindrücke und Einsichten der Betrachtung geschichtlicher Vorgänge zugrunde zu legen. Auf diese Weise könnte die Leitbildfunktion der Gesellschaftsmodelle in ihrer aktuellen Wirksamkeit gedeutet und auf geschichtliche Grundlagen zurückgeführt werden. — Ebenso sollte bei der Betrachtung der Rolle der USA und der UdSSR als Weltmacht ein Zusammenhang zwischen einem aktuellen Konflikt und außenpolitischen Ambitionen in der Geschichte hergestellt werden. Ein Einblick in die Kontinuität der Außenpolitik kann vor allem dann gewonnen werden, wenn Beispiele aus der gleichen Region gewählt werden (z. B. Politik der USA in Mittelamerika heute und gegen Ende des 19. Jahrhunderts, Politik des zaristischen Rußlands in Ostmitteleuropa und sowjetische Europapolitik im 20. Jahrhundert).

2. Weimarer Republik — Eine gefährdete Demokratie

Ziele

- Sich mit unterschiedlichen Demokratievorstellungen in der deutschen Revolution 1918/19 auseinandersetzen.
- Ergebnisse sozialer Reformpolitik im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und politischen Belastungen der Weimarer Republik diskutieren.
- Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das Alltagsleben in Deutschland erfassen.
- Sich mit Gründen für die Zerstörung der Demokratie auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Die Anfangszeit der Weimarer Republik, insbesondere die innerpolitischen Konflikte um die Durchsetzung unterschiedlicher Vorstellungen von der künftigen Gesellschaftsform.
- Die Endphase der Weimarer Republik, insbesondere die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das Alltagsleben in Deutschland. Ursachen für das Anwachsen starker republikfeindlicher Minderheiten.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Anfänge der Weimarer Republik

- Entstehung (Beispiele für Entscheidungssituationen in der Revolution 1918/19: Arbeiter- und Soldatenräte, 9. November 1918, Ebert-Groener-Pakt, Spartakusaufstand, Nationalversammlung), Nationalhymne, Nationalfarben
- Belastungen (Beispiele: Strukturschwächen der Weimarer Verfassung, Versailler Vertrag, Inflation, Reichswehr, links- und rechtsradikale Umsturzversuche)
- Errungenschaften (Beispiele: Frauenwahlrecht, allgemeine Grundschule, Sozialpartnerschaft, Betriebsrätegesetz, Acht-Stunden-Tag, Wohnungsbau)

2. Das Ende der Weimarer Republik

- Soziale Folgen der Weltwirtschaftskrise (z. B. Hunger, Not, Massenarbeitslosigkeit, Radikalisierung)
- Politische Situation (z. B. Notverordnung, bürgerkriegsähnliche Kämpfe zwischen NSDAP und KPD, Verhalten der staatstragenden Parteien, Konflikte innerhalb der Arbeiterbewegung)
- Der 30. Januar 1933 (Programmatik und Taktik, Wählerschichten und Geldgeber der NSDAP)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Demokratie
- Arbeiter- und Soldatenräte, Betriebsräte, Dolchstoßlegende, Frauenwahlrecht, Inflation, Kapp-Putsch, Notverordnung, Präsidialkabinett, parlamentarische Demokratie, Räte-demokratie, Reichspräsident, Reichswehr, Spartakusaufstand, Versailler Vertrag, Weltwirtschaftskrise.
- 1918 Novemberrevolution in Deutschland (Abdankung Wilhelms II., Ausrufung der Republik)
- 1919—1933 Weimarer Republik
- 1929 Weltwirtschaftskrise
- 30. 1. 1933 Hitler wird Reichskanzler
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
- 1919 Versailler Vertrag
- 1922 Mussolinis „Marsch auf Rom“
- 1923 Krisenjahr der Republik: Inflation, Ruhrkampf, kommunistische Aufstände, Hitler-Putsch
- 1925 Vertrag von Locarno
- 1926 Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

Hinweise

Bei der Behandlung der Revolution 1918/19 geht es nicht um eine Anhäufung von Einzelaktionen, sondern um wesentliche Interessen und Grundsatzentscheidungen, die am Beispiel einer Konfliktsituation (z. B. Ausrufung der Republik am 9. November 1918) verdeutlicht werden können:

Angesichts der Belastungen und Gefährdungen für die demokratische Entwicklung in Deutschland nach 1918 erscheint es wichtig, die Leistungen der Weimarer Republik besonders herauszustellen. Es soll deutlich werden, daß die Revolution 1918/19 nicht als völlig gescheitert betrachtet werden kann, sondern beachtliche politische und soziale Neuerungen hervorbrachte. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte erhalten die Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Es ist deutlich zu machen, daß die politische Gleichberechtigung der Frauen das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen und Kämpfe der Frauenbewegung war. Darzustellen ist auch, daß nun Frauen immer mehr qualifizierte Berufe erlernten und der Anteil der Frauen aller Schichten an der Erwerbstätigkeit sprunghaft zunahm.

Die sozialpolitischen Erfolge der Weimarer Republik (z. B. Betriebsrätegesetz, Acht-Stunden-Tag) sind ebenfalls als Ergebnisse der Revolution 1918/19 zu sehen. Diese Erkenntnis darf allerdings eine kritische Analyse der Möglichkeiten und Ergebnisse der deutschen Revolution nicht einengen.

Im Rahmen des Geschichtsunterrichts der Klasse 9 kann die freie Entfaltung von Kunst und Wissenschaft in den 20er Jahren nicht hinreichend gewürdigt werden. Deshalb sollte sich der Geschichtslehrer um gezielte fächerübergreifende Absprachen bemühen. Der Deutsch- und der Kunstunterricht können Schülern die epochalen Neuerungen der Weimarer Republik in Architektur, Malerei, Schauspielkunst und Literatur veranschaulichen.

3. Der deutsche Faschismus und der Zweite Weltkrieg

Ziele

- Maßnahmen und Methoden kennenlernen, die eine Demokratie zerstören.
- Krieg, Judenverfolgung und Völkermord als Konsequenzen der nationalsozialistischen Ideologie erörtern.
- Auswirkungen des deutschen Angriffskrieges und des totalen Krieges auf die betroffenen Völker zu begreifen versuchen.
- Motive, Handlungen und Chancen des Widerstands gegen faschistische Herrschaft beurteilen.

Schwerpunkte

- Der schrittweise Aufbau und die Entfaltung der faschistischen Herrschaft in Deutschland. Aufzeigen, wer die Nationalsozialisten unterstützte und wie diese gegen ihre politischen Gegner vorgingen.
- Das Leben unter der faschistischen Diktatur am Beispiel der Jugend.
- Die Judenverfolgung und der Völkermord. Zusammenhänge der Maßnahmen mit der NS-Ideologie. Die Brutalität in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.
- Der Zweite Weltkrieg. Die Ziele dieses Krieges und das Spezifische der Kriegsführung: Vernichtungskrieg, totaler Krieg.
- Der deutsche Widerstand. Unterschiedliche Widerstandsformen in Deutschland und in den besetzten Ländern.

Bei diesen Schwerpunkten soll eine eigene Gewichtung bzw. eine Auswahl vorgenommen werden, um exemplarisches und gründliches Lernen zu gewährleisten. Der Lehrer sollte sich auf zwei Schwerpunkte konzentrieren. Für eine Schwerpunktsetzung gibt es verschiedene Verknüpfungsmöglichkeiten. So ließe sich zum Beispiel der 2. Weltkrieg aus der Sicht der Anti-Hitler-Koalition als internationaler Widerstand gegen den Faschismus behandeln, oder der Schwerpunkt „Widerstand“ könnte aufgelöst werden, wenn seine Teilaspekte in den Rahmen von „Jugend“ und „Weltkrieg“ gestellt werden. Es kann auch sinnvoll sein, Teilbereiche des ersten Schwerpunktes im vorhergehenden Thema über den Zusammenbruch der Weimarer Republik zu unterrichten. Und schließlich bietet es sich an, einen Schwerpunkt als Nahaufnahme zu unterrichten.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Beseitigung der Demokratie
 - Der Reichstagsbrand (Verfolgung der Kommunisten)
 - Die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz (Folgen: Gleichschaltung; Zerschlagung der Gewerkschaften, Verbot der SPD, Auflösung der Parteien)
 - Adolf Hitler — Führer und Reichskanzler (Führerstaat und Führerkult. Vergleich: Mussolini — der Duce)
2. Jugend in der faschistischen Diktatur
 - Schule im NS (Bericht der Großeltern über ihren Schulalltag, Hitlergruß, Flaggenparade, Schulbücher)
 - Sozialisation in der HJ und im BDM (Hitler über die deutsche Jugend, „Volksgemeinschaft“, modernes Jugendbewußtsein, Fahrten und Lager)
 - Das letzte Aufgebot (ethische Neutralisierung, Aufopferung im Deutschen Volkssturm)
3. Judenverfolgung und Völkermord
 - „Reichskristallnacht“ (Antisemitismus und „gesundes Volksempfinden“)
 - Auschwitz (Vernichtung und Ausrottung von Juden, Slawen, Zigeunern, Homosexuellen)
 - Das Beispiel Polen: Über die „Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ (Krieg und Eroberung von „Lebensraum“)
4. Der 2. Weltkrieg
 - Aufrüstung und Kriegsziele (Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung, Kontinuität wirtschaftlicher und militärisch-politischer Interessen)
 - Stalingrad (Vernichtungskrieg im Osten, Wende des Krieges)
 - Die „Großen Drei“ in Teheran (die „Anti-Hitler-Koalition“)
5. Widerstand
 - Motive und Ziele des Widerstands
 - Organisierter Widerstand, Widerstand aus der Arbeiterbewegung, kirchlicher Widerstand, Jugend- und Studentenwiderstand, Widerstand im Bürgertum und Militär (20. Juli 1944)
 - Kampf gegen die Besatzungsmacht (Partisanen, Résistance)

Grundbegriffe, Begriffe und Daten

- Faschismus
- Diktatur, Ermächtigungsgesetz, Gleichschaltung, Holocaust, Konzentrations- und Vernichtungslager, Kreisauer Kreis, Nationalsozialismus, Propaganda, Rote Kapelle, Terror, Völkermord, Weiße Rose, Widerstand, Widerstandsrecht, Endlösung.
- 30. 1. 1933 Hitler wird Reichskanzler
- 1933—1945 Faschistische Herrschaft in Deutschland
- 1. 9. 1939 Überfall auf Polen, Beginn des 2. Weltkrieges
- 1939—1945 2. Weltkrieg
- 1941 Überfall auf die Sowjetunion
- 1943 Zerstörung Hamburgs
- 20. 7. 1944 Attentat auf Hitler
- 8. 5. 1945 Kapitulation der Deutschen Wehrmacht
- Faschismus und Weltkrieg kosteten ca. 60 Millionen Menschen das Leben.
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
- 1922 Mussolini übernimmt die Macht in Italien
- 1935 Abessinienkrieg
- 1936—1939 Spanischer Bürgerkrieg
- 1938 Anschluß Österreichs, Münchner Abkommen
- 1941 Japans Angriff auf Pearl Harbor
- 6. 8. 1945 Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima

Hinweise

Die Behandlung des Themas bietet die Möglichkeit, aus den historischen Erfahrungen mit einem brutalen, menschenfeindlichen System Erkenntnisse über die Notwendigkeit eines demokratischen Rechtsstaates zu gewinnen und sich aus dieser Einsicht für den Erhalt und die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu engagieren. Deshalb geht es bei der Darstellung des Widerstands nicht allein um historische Kenntnisse, sondern der Unterricht soll Identifikationsmuster für demokratisches und humanes Handeln bereitstellen. Widerstand gegen Gewaltherrschaft und Opposition in einer funktionierenden Demokratie können verglichen werden, um die Bedingungen deutlich zu machen, unter denen Widerstand nötig und wo er möglich ist.

Der Faschismus betrifft nicht nur die deutsche Geschichte. In unterschiedlicher Form ist er auch in unseren Nachbarländern als Bedrohung menschlicher Kultur erfahren worden. Die Bewertung dieser Erfahrung als „Faschismus“ hatte in der Widerstandsbewegung weit über kommunistische und sozialistische Gruppen hinaus eine breite, in gemeinsamen Erfahrungen begründete Akzeptanz. Im Unterricht soll ein kritischer Umgang mit dem Faschismusbegriff geleistet werden. Dazu gehört sicher auch, einer inflationären Anwendung der Begriffe „Faschismus“ und „Faschist“ auf fast beliebige politische Gegner entgegenzuwirken. Wer solcher Verwilderung der politischen Kultur steuern will, kann dies tun, indem er die für Wissenschaft und Schule zum Teil noch immer geltende Tabuisierung aufgibt.

Zum Thema gibt es ein vielfältiges Angebot an Dokumentar- und Spielfilmen, die man jedoch nur mit Bedacht und sehr sorgfältig ausgewählt einsetzen darf, wenn man die Schüler nicht mit der Fülle, die keinen Raum zur Auseinandersetzung läßt, erdrücken will. Im Unterricht ist meistens eine kurze Szene aus einem abendfüllenden Spielfilm besser, sind z. B. wenige Dias über Auschwitz im wörtlichen Sinne treffender als umfangreiche Dokumentationen, die Betroffenheit dann nur noch durch Schweigen zulassen und die Kinder mit dem Schrecklichen allein lassen. Das Medium Film darf das Gespräch nicht ersetzen.

Es wird vorgeschlagen, daß bei der Behandlung dieser Thematik Realbegegnungen durchgeführt werden:

- Besuch der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Mahnmale, Gebäude, Dokumentenhaus),
- Mahnmal der Stadt Hamburg für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und Totenmal für die Hamburger Bombenopfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof,
- Gedenkstätte der Kinder vom Bullenhuser Damm,
- Stadtrundfahrt zu den Stätten des Antifaschistischen Widerstands,
- Auseinandersetzung mit dem Denkmal für das Infanterieregiment Nr. 76 (1936) und dem von Alfred Hrdlicka geschaffenen Gegendenkmal am Dammtorbahnhof.

Klasse 10

1. Teilung der Welt — Konfrontation und Kooperation der Weltmächte

Ziele

- Sich mit Erklärungsversuchen, warum die Anti-Hitler-Koalition nach dem Sieg über Deutschland zerbrach, auseinandersetzen.
- Auswirkungen der Konfrontation der Weltmächte und die in ihren Einflößbereichen vertretenen Prinzipien und politischen Systeme auf das Leben im geteilten Deutschland kennenlernen.
- Die Bewältigung und Vermeidung internationaler Krisen durch eine Politik der Entspannung erörtern.

Schwerpunkte

- Interessen und Ziele der Hauptsiegermächte des Weltkrieges.
- Die Wende in den internationalen Beziehungen der Weltmächte in der Folge der Krisen der Jahre 1961/62.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Von der Anti-Hitler-Koalition zum Kalten Krieg — am Beispiel der Blockade Berlins
 - Zusammenarbeit der Siegermächte (wichtige Ziele und Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, Charta der Vereinten Nationen)
 - Die Blockade Berlins (Blockademaßnahme, Versorgungslage: Trockenkartoffeln und Stromsperre, Luftbrücke, politisches Klima in der Stadt)
 - Neuorientierung der amerikanischen Europapolitik (Containment, Marshall-Plan und Währungsreform)
 - Die sowjetischen Ziele in Europa (Schutzgürtel, Neutralisierung Deutschlands, Reparationen)
 - Die Teilung Deutschlands (Verlust der Ostgebiete, Ende der Blockade, Staatsgründungen, Blockbildung, Mauerbau)
2. Die Weichenstellung zur Entspannungspolitik am Beispiel der Kuba-Krise
 - Die USA und Kuba (Castros Revolution auf der Plantageninsel, die amerikanische Hemisphäre, Interventionspolitik: Invasion in der Schweinebucht)
 - Die Seeblockade (Errichtung sowjetischer Raketenbasen, Kontrolle der Seeschiffe, amerikanische Strategie der Gegendrohung, Kriegsfurcht und Panikkäufe von Lebensmitteln in Deutschland)
 - Entspannung im Zeichen des atomaren Patts (Briefwechsel Kennedy—Chruschtschow, Verständigung über Kuba)
 - Rüstungskontrolle und Aufrüstung (Atomteststopp, SALT, Strategie der flexiblen Antwort, Rüstungsspirale)
 - Neuorientierung in Deutschland: vom Kalten Krieg zur Ostpolitik

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Entspannung
Frieden
- Containment, Blockbildung, Eiserner Vorhang, Interkontinentalrakete, Kalter Krieg, konventionelle Rüstung, Mittelstreckenrakete, nukleares Patt, Roll-back-Politik, Atomkrieg.
- 1945 Potsdamer Abkommen, Zwangsumsiedlung, Oder-Neiße-Linie, Charta der Vereinten Nationen
- 1947 Truman-Doktrin, Marshall-Plan
- 1948 Währungsreform, Blockade Berlins
- 1949 Spaltung Deutschlands
- 1955 Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO, Gründung des Warschauer Pakts
- 1962 Kuba-Krise
- 1963 Atom-Versuchsstopp-Vertrag
- 1972 SALT-Verträge

— Orientierungs- und Verknüpfungsdaten

1950—1953	Korea-Krieg
1957	Sputnik
1960	Beginn des offenen Konflikts zwischen China und der UdSSR
1960—1975	Krieg der Amerikaner in Vietnam
1967	Sechs-Tage-Krieg im Nahen Osten
1968	Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Pakts
1969	Beginn der neuen Ostpolitik in der Bundesrepublik Deutschland
1973	Jom-Kippur-Krieg

Hinweise

Der Unterricht sollte nicht in erster Linie auf Diplomatie- und Militärgeschichte abstellen. Die bedeutenden Fragen der gegenwärtigen Politik der Weltmächte, angesiedelt zwischen Konfrontation und Kooperation, zwischen Krieg und Frieden, lassen sich auf dem Hintergrund der hier ausgewählten historischen Beispiele erhellen.

Der sozialkundlich-politische Zugriff zum Thema kann über ein gerade aktuelles Ereignis erfolgen (z. B. Gipfeltreffen, UN-Resolution) wenn hierbei Fragen gestellt werden, auf die der weitere Unterricht dann eingeht. Entsprechend können Beispiele für die Kooperation und die Konfrontation der Weltmächte variiert werden (Berlin-Krise und Mauerbau statt Kuba-Krise, oder im Ausblick: Wirksamkeit und Grenzen der Entspannungspolitik an den Beispielen Vietnam und Afghanistan).

Wenn auf der einen Seite die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als eine Funktion in der weltpolitischen Strategie der USA gegenüber der UdSSR verdeutlicht wird, so darf doch Deutschland nicht als Spielball fremder Mächte dargestellt werden. Die Teilung Deutschlands war kein Kriegsziel der Alliierten, sondern eine Folge des Hitlerfaschismus, dessen menschenvernichtendes Werk nur durch das Kriegsbündnis ungleicher Partner und die Besetzung beendet werden konnte. Auch gab es neben den konkurrierenden Machtsystemen und wirtschaftlichen Interessen Linien in der deutschen Politik (Limes-Denken, Antikommunismus, moskauorientierte Teile der Arbeiterbewegung), die eine Teilung erleichterten.

2. Entstehung und Entwicklung der beiden deutschen Staaten — Unterschiedliche politische Systeme

Ziele

- Grundprinzipien der politischen Verfassung der beiden deutschen Staaten und deren Wertesysteme begreifen und sich damit auseinandersetzen.
- Einsicht in gegenwärtige Möglichkeiten und Grenzen gegenseitiger Beziehungen und Begegnungen gewinnen.
- Das politische Bekenntnis zur Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit in der Präambel des Grundgesetzes verstehen und unterschiedliche Positionen zur Einheit und Freiheit Deutschland erörtern.

Schwerpunkte

- Das Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten, wie es in ihren Verfassungen und in ihrer Gründungsgeschichte zum Ausdruck kommt.
- Wichtige Stationen der Entwicklung beider deutscher Staaten und ihrer Beziehungen.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Errichtung der beiden deutschen Staaten und ihre Einbindung in unterschiedliche politische Systeme
 - Präambeln, Flaggen und Hymnen im Vergleich
 - Auseinandersetzung und Beratung über das Grundgesetz (Frankfurter Dokumente, Verfassungsprinzipien)
 - Gründung und Verfassung der DDR (Grundsätze der Volksdemokratie und Diktatur des Proletariats)
 - Westorientierung Adenauers (Stalin-Note, Wiederbewaffnung, Hallstein-Doktrin)
 - Der Aufstand am 17. Juni 1953
 - Volkskammerwahlen und Bundestagswahlen im Vergleich
2. Wichtige Stationen der Entwicklung beider deutscher Staaten und ihrer Beziehungen
 - Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (Görlitzer Vertrag und Warschauer Vertrag)
 - Die Krise 1960/61 und der Mauerbau
 - Treffen in Erfurt und Kassel
 - Der Grundlagenvertrag
 - Aktuelle Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Politisches System
- Alleinvertretungsanspruch, Abgrenzung, Staatsgrenze West und Innerdeutsche Grenze, Friedensvertrag, Gewaltverzicht, Hallstein-Doktrin, Oder-Neiße-Grenze, Ostverträge, Parlamentarischer Rat, sozialistische/proletarische Demokratie, Stalin-Note, Westorientierung, Wiedervereinigung, Zwangsumsiedlung und Vertreibung.
- 1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
- 1952 Militärische Abriegelung der DDR von der Bundesrepublik Deutschland
- 1953 17. Juni, Aufstände in der DDR
- 1961 13. August, Bau der Berliner Mauer
- 1970 Treffen Brandt/Stoph in Erfurt und Kassel
- 1970 Moskauer Vertrag
- 1970 Warschauer Vertrag
- 1971 Viermächteabkommen über Berlin
- 1972 Grundlagenvertrag

- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
 - 1950 Görlitzer Vertrag der DDR und der Volksrepublik Polen
 - 1955 Adenauer in Moskau, Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen
 - 1957 Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien (Hallstein-Doktrin)
 - 1973 Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO
 - 1973 Gewaltverzichtsvertrag mit der ČSSR

Hinweise

Das Thema berührt zwei Pole der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland: das Verfassungsgebot zur Einheit Deutschlands und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Die Brisanz dieser Problembereiche deutscher Politik teilt sich den Schülern auf sehr konkrete Weise mit: beim Verwandtenbesuch in der DDR oder in Polen, über ein Vertriebenenschicksal in der Familie, im Rahmen der Diskussion der nationalen Frage usw. Diese Berührungspunkte sollten in den Unterricht einbezogen werden (Erfahrungsberichte der Schüler und solche aus der Eltern- bzw. Großelterngeneration, aktuelle Ereignisse).

3. Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland — Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft

Ziele

- Sich mit unterschiedlichen Vorstellungen der neu gebildeten Parteien über die künftige Wirtschaftsordnung auseinandersetzen.
- Die Währungsreform als eine Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Ordnung, für die künftige Vermögensverteilung und als Impuls für rasches Wirtschaftswachstum verstehen.
- Die Rezession 1966/67 als Auslöser für eine politische Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsentwicklung begreifen und einige wirtschaftspolitische Maßnahmen erörtern.

Schwerpunkte

- Ziele, Durchführung und Folgen der Währungsreform. Die Diskussion um einen sozialistischen oder kapitalistischen Weg nach dem Kriege.
- Die Rezession von 1966/67 in ihrer Bedeutung für die weitere wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Währungsreform und ihre Folgen

- Konzeptionen der Parteien: Sozialismus oder Kapitalismus?
- Anfänge des Wiederaufbaus (z. B. die Arbeit der Trümmerfrauen)
- Zusammenbruch der Versorgungswirtschaft, Schwarzer Markt (z. B. Zigarettenwährung, Hamsterfahrten)
- Die Währungsreform (Abwertung der Geldvermögen, Erhaltung der Sachwerte, vor allem der Firmenvermögen)
- „Wellen des Wirtschaftswachstums“ (Freß-, Bekleidungs-, Einrichtungs-, Wohnungsbau-, Motorisierungswelle)
- Die Rolle der Gewerkschaften
- Sozialleistungen (Kindergeld, Sozialhilfe)
- Lastenausgleich

2. Die Rezession von 1966/1967 und ihre Folgen

- Merkmale der Rezession (z. B. kurzfristiger Rückgang des Wirtschaftswachstums, Firmenpleiten, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit)
- Ursachen der Rezession (z. B. Überproduktion, Überbeschäftigung, Strukturkrise im Bergbau und in der Stahlindustrie)
- Folgen der Rezession (Regierungskrise und Bildung der Großen Koalition; Stabilitätsgesetz, Konzentrierte Aktion)
- Krise der staatlichen Konjunkturpolitik (Staatsverschuldung, Inflationstendenz)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Marktwirtschaft
Verteilung
- Soziale Marktwirtschaft, Markt, Preisbildung, Soziale Sicherung, Wirtschaftswachstum, Rezession, Inflation, Konzentrierte Aktion, Stabilitätsgesetz.
- 1948 Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen und in den Westsektoren Berlins
1966/67 Rezession
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
 - 1946 Gründung demokratischer Parteien in Westdeutschland
 - 1947 Bi-Zone; Wirtschaftsrat in den westlichen Besatzungszonen
 - 1948 Marshall-Plan
 - 1949 Grundgesetz
 - 1951 Montan-Mitbestimmung
 - 1952 Betriebsverfassungsgesetz
 - 1957 Römische Verträge: EWG
 - 1966 Rücktritt der Regierung Erhard, Große Koalition
 - 1967 Stabilitätsgesetz
 - 1969 Regierung Brandt

Hinweise

Durch die Herstellung aktueller Bezüge soll der Schüler angeregt werden, die Berichterstattung in den Medien zu Wirtschaftsfragen (u. a. im Wirtschaftsteil der Tageszeitung) wahrzunehmen und zu verfolgen. Er wird anhand der aktuellen ebenso wie der geschichtlichen Situation erfahren, daß der wirtschaftlichen Entwicklung langfristige Prozesse zugrunde liegen, daß andererseits jedoch Wirtschaft nicht ein anonymes Geschehen ist, sondern von Entscheidungen bestimmt wird. Dabei ist im Hinblick auf die Währungsreform ebenso wie auf die Wirtschaftspolitik angesichts der Rezession aufzuzeigen, daß Handlungsalternativen bestanden (bzw. noch bestehen). Die getroffenen Entscheidungen und die nicht verwirklichten Vorstellungen sind vor allem hinsichtlich der tatsächlichen und der möglichen Auswirkungen zu diskutieren.

Bei der Untersuchung von wirtschaftlichen Entwicklungen ist es sinnvoll, auf statistisches Material zurückzugreifen. Eine Kritik der Parameter, die solchen Statistiken zugrunde liegen (z. B. des Sozialprodukts oder der Arbeitslosigkeit) kann in diesem Unterrichtszusammenhang noch nicht geleistet werden. Zu vermeiden ist auf jeden Fall, daß das Wirtschaftsgeschehen nur oder vornehmlich an Zahlenmaterial abgelesen wird. Wichtig ist vielmehr die Konkretion anhand der Veränderung von Lebensverhältnissen.

4. Gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Stabilität und Reform

Ziele

- Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nach 1945 erörtern.
- Einen Konflikt aus der Reformpolitik zwischen 1966 und 1974 untersuchen.
- Sich mit gesellschaftlichen Konsequenzen von Reformen auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, die zögernde strafrechtliche Verfolgung und die öffentliche Diskussion.
- Gesellschaftspolitische Reformvorhaben seit 1966 an einem oder zwei Beispielen.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

- Alliierte Pläne und Maßnahmen:
 - z. B. Potsdamer Abkommen, Nürnberger Prozesse, „Re-education“
- Die öffentliche Diskussion:
 - z. B. „Kollektivschuld“, „Vergangenheitsbewältigung“, „Wiedergutmachung“, „Antifaschismus“, „Verjährungsforderung“
- Die Praxis der „Entnazifizierung“:
 - Fragebogen, Spruchkammerverfahren, „Persilschein“
- Der Auschwitz-Prozeß
- Die Selbstdarstellung der Bundesrepublik:
 - z. B. „Gnade der späten Geburt“, Rede des Bundespräsidenten Weizsäcker zum 8. Mai 1945
- Neonazismus und Neofaschismus:
 - z. B. NPD-Wahlerfolge, angebliche „Auschwitz-Lüge“, rechtsradikale Jugendgruppen, Ausländerhaß

2. Konflikte um Reformen und Reformforderungen

- Der Wandel der politischen Kultur:
 - APO, Große Koalition und spontane Streiks; die sozialliberale Reformära bis zur christlich-liberalen Koalition;
- Sozial-liberale Versuche, „mehr Demokratie zu wagen“:
 - z. B. Herabsetzung des Wahl- und Mündigkeitsalters
 - oder
 - z. B. Reform des Ehe- und Familienrechts
 - oder
 - z. B. Bildungsreform (in den Bundesländern)
- Forderungen der Frauenbewegung seit 1968:
 - politischer Ansatz: Gleichberechtigung in Wirtschaft und Gesellschaft (Engagement für gerechtere Gesellschaftsordnung)
 - feministischer Ansatz: Unabhängigkeit von Männern und männlich geprägten Institutionen (Engagement für weibliche Autonomie)
 - Diskussion um den § 218: Gesetzliche Bestimmungen zur Fristenregelung (1974) und Urteil des BVerfG (1975), Proteste und Aktionen von Gegnern und Befürwortern des Schwangerschaftsabbruchs (z. B. „Mein Bauch gehört mir“ contra „Mord auf Krankenschein“)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Reform
- Politische Kultur
- Antifaschismus, APO, Entnazifizierung, Feminismus, Frauenbewegung, Kollektivschuld, gesellschaftliche Modernisierung, Neonazismus/-faschismus, NPD, Umerziehung (Re-education).
- 1945 Potsdamer Abkommen
- 1945/46 Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher
- 1966—1969 Große Koalition
- 1969—1982 Sozial-liberale Koalition
- 1982 Christlich-liberale Koalition

— Orientierungs- und Verknüpfungsdaten

1950	Charta der Heimatvertriebenen (Verzicht auf Vergeltung)
1952	Wiedergutmachungsabkommen mit Israel
1952	Verbot der SRP
1956	Verbot der KPD
1958	Einführung des Faches „Gemeinschaftskunde“ an Gymnasien wegen antisemitischer Ausschreitungen
1966/67	Einzug der NPD in Landtage von fünf Bundesländern
1968	Notstandsgesetze
1968	Osterunruhen in vielen Städten der Bundesrepublik und Berlin (West)
1969—1973	Spontane Streiks in einigen Industriezweigen
1970	Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen
1971	Viermächteabkommen über Berlin
1972	Grundlagenvertrag mit der DDR
1974	Ende der Kampfhandlungen in Vietnam
1982	Einzug der „Grünen“ in den Bundestag

Hinweise

Im Unterricht sollte deutlich herausgearbeitet werden, wie Reformen und Reformvorhaben gesellschaftliche Konflikte abbauten, andererseits neue hervorriefen. Der Wandel in der politischen Kultur der Parteien sollte vor dem Hintergrund eines doppelten Generationswechsels in Führungs- und Entscheidungspositionen der späten sechziger Jahre bedacht werden. Politisches Interesse und die Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung wuchsen in dieser Zeit. Autoritätsverluste bei politischen Institutionen brachten Zuwächse an Partizipation bei Wählern, Mitgliedern von Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen.

5. Europa nach 1945

Ziele

- Charakteristische Entwicklungsmerkmale zweier Staaten in Ost- und Westeuropa kennen und erörtern.
- Beispielhaft Handlungsspielräume in ost- und westeuropäischen Staaten untersuchen.
- Sich mit einigen wichtigen Fragen und Problemen der europäischen Einheit und Integration auseinandersetzen.

Schwerpunkte

Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Staaten und Handlungsmöglichkeiten von Bürgern und Institutionen an je einem Beispiel aus Ost- und Westeuropa.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Das Beispiel Tschechoslowakei

- Entstehung der ČSSR (Block der Nationalen Front, Kosicer Programm, Rückblick auf Münchner Abkommen und Protektorsvertrag)
- Staatsstreich (Säuberungen, Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien, Nationalisierung und Bodenreform)
- Prager Frühling (Dubčeks Reformprogramm, Einmarsch der Warschauer Paktstaaten, Breschnew-Doktrin, gewaltfreier Widerstand)

2. Das Beispiel Frankreich

- Französische Staatsräson und europäischer Gedanke (Gründung der IV. Republik, Gaullisten und Kommunisten, Staatskrise)
- De Gaulles „Europa der Vaterländer (Montan-Union, EWG, Atomkraft Frankreich und die NATO)
- Frankreich im Mai 1968 (Forderungen der Studenten und Arbeiter, Grenzen der Regierungsmacht, Massenstreiks und Barrikadenkämpfe, Frankreich nach de Gaulle)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Europäische Einheit
 - Europäische Integration
- Demokratie, Koexistenz, Nationalstaat, Nationalismus, Volksdemokratie, EWG, EG, Europaparlament.
- 1949 Europarat
 - Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
 - NATO
- 1952 Montanunion
- 1955 Warschauer Vertrag
- 1958 EWG und EURATOM
- 1967 Zusammenschluß zur EG
- Orientierungs- und Verknüpfungsdaten
 - 1879 Bismarck macht die Bildung eines mitteleuropäischen Bundes von der Zustimmung Englands abhängig.
 - 1912 Wilhelm II. und Walther Rathenau (AEG) entwickeln den Plan „Vereinigte Staaten von Europa gegen Amerika“.
 - 1926 Stresemann und Briand: europäische Gespräche in Thoiry.
 - 1957 Rapacki-Plan
 - 1975 KSZE-Schlußakte

Hinweise

In der Gegenüberstellung eines ost- und eines westeuropäischen Beispiels betont das Thema gesamteuropäische Aspekte. Dabei ist Europa nicht nur als geographischer Begriff, sondern vor allem als politischer Raum zu verstehen, in dem die Bezeichnung Ost und West im Unterricht differenziert werden sollen. Der verbreiteten Auffassung, unter Europa nur die westeuropäischen Staaten zu verstehen, kann entgegen gewirkt werden, wenn man sich z. B. mit der Frage beschäftigt, warum die Polen sich als Mitteleuropäer begreifen.

Zu den in den Anregungen vorgeschlagenen Beispielen gibt es interessante Alternativen: Ungarn (Aufstand, ungarischer Weg des Sozialismus), Polen (Staatsgründung, Aufstand, Gewerkschaft, Solidarität), Portugal (Demokratisierung und Landreform), Irland (Strukturschwächen und Nationalitätenkonflikt).

Das Thema steht nicht zwingend am Ende der Klasse 10. Im Falle von Europawahlen oder zur projektmäßigen Vorbereitung einer Klassenreise ins europäische Ausland oder im Rahmen eines Schüleraustauschprogramms kann es vorgezogen werden. Es bietet sich an, das Thema in den Zusammenhang mit dem Europäischen Wettbewerb zu stellen.

C Anhang zum Lehrplan Geschichte

Was sollen Nahaufnahmen im Geschichtsunterricht leisten?

Grundsätzlich haben „Nahaufnahmen“ folgende Aufgaben:

1. Den Mikrobereich der Geschichte (z. B. Alltag, „Geschichte von unten“, Regionalbezüge) stark einzubeziehen, wo möglich stärker, als dies die „normalen“ Themen tun, wo die sekundären Systeme notwendigerweise eine große Rolle spielen.

Ziel: Anschauung zu schaffen über einen lebensweltlichen Zugang.

2. Einige Schlüsselszenen der Geschichte (z. B. kontroverse Entscheidungssituationen, Übergangs- oder Beschleunigungsphasen) zu beleuchten.

Ziel: Vertiefung anzustreben durch Aufzeigen der Probleme.

3. Wichtige historisch-politische Kategorien (z. B. Macht, Wandel, Rechtfertigung), die geschichtliche Ereignisse oder Strukturen besser lernbar und einordbar machen, zu vermitteln.

Ziel: Eine Begrifflichkeit bereitzustellen, die in besonderer Weise transferfähig ist.

4. Inhaltlich und methodisch auf Sozialkunde (Kl. 10) und Gemeinschaftskunde (Oberstufe) vorzubereiten.

Ziel: Behutsam zu sozialwissenschaftlichen Fragestellungen hinzuführen.

5. Gegenwartsbezüge unterschiedlicher Art (z. B. Aktualisierung, Kontrastierung, Genese eines Problems) deutlich zu machen.

Ziel: Durch Geschichte über die Gegenwart aufzuklären.

Nahaufnahmen sind also die Lehrplanthemen:

- in denen mit der „Geschichtskamera“ besonders nahe an ein historisches Ergebnis herangefahren wird (siehe Punkt 1 und 2) und bei denen das strukturell Nahe aufgesucht werden soll, das für uns heute Lebende wichtig ist (siehe Punkte 3, 4, 5).
- die als lehrerfreundliches und schülernahes Scharnier gedacht sind, welches dann Anschaulichkeit, Problemorientierung, Begrifflichkeit und dem Gegenwartsbezug besserer Strukturierungsmöglichkeiten schafft und auf politischen Unterricht vorbereitet.
- die sich, weil sie Elemente des Längsschnitts enthalten, gut dazu eignen, die vorgeschriebenen Themen und deren Epochen sinnvoll zu verknüpfen.

Was könnte z. B. die Nahaufnahme „Die erste deutsche Eisenbahn“ leisten?

Anregungen zum Unterricht:

z. B.: Ein Zeitgenosse wird Zeuge der Eisenbahnfahrt Nürnberg—Fürth (1835) und schildert das Ereignis anschaulich aus seiner Perspektive (z. B. zeitgenössisches Bild oder Zeitungsmeldung)

z. B.: Ein Befürworter des Eisenbahnbaus und ein Gegner der industriellen Modernisierung stellen ihre Argumente gegeneinander (etwa in einem Streitgespräch): „Soll ein deutsches Eisenbahnnetz gebaut werden oder wäre dies schädlich?“ (z. B.: Argumente Friedrich Lists und des preußischen Königs).

z. B.: Im Zusammenhang hiermit könnte eine Kategorie eingeführt und ihr zugeordnete Begriffe mit Anschauung gefüllt werden, welche „Wandel“ in der Geschichte beschreiben (z. B. „Modernisierung“, „Fortschritt“).

z. B.: Die wichtigsten wirtschaftlichen Folgen (Stimulierungseffekt durch überregionalen Güter- und Personenverkehr) ließen sich ableiten: Der Eisenbahnbau macht die deutsche Eisenindustrie zum Leitsektor der Industrialisierung.

z. B.: Im Zusammenhang damit ließe sich danach fragen, ob es auch heute noch „Leitsektoren“ bei der wirtschaftlichen Modernisierung gibt (z. B. Kontroverse um „Teflon-Effekt“ der Weltraumforschung oder Einschätzung der Computer-Branche als Wachstumsindustrie).

SOZIALKUNDE

A Zur Konzeption des Unterrichts

1. Aufgaben und Ziele

Voraussetzung der Wertentscheidung für eine menschenwürdige Gesellschaft sind die grundlegenden Normen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: der Schutz der Menschenwürde, die Grundrechte, das Rechtsstaatsprinzip, das Sozialstaatsprinzip und die institutionellen Regelungen des auf Gewaltenteilung beruhenden parlamentarisch-demokratischen Bundesstaates. Im Rahmen dieser Ordnung ist unsere Gesellschaft grundsätzlich offen und pluralistisch strukturiert. Zu ihrem Wesen gehören Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen, die ausgetragen und mit Hilfe von Recht, Kompromissen und Übereinkünften geregelt, durch Macht und Mehrheit entschieden oder ausgehalten werden müssen. Das ist nur möglich, wenn unterschiedliche Interessenlagen und Konflikte nicht grundsätzlich negiert werden und wenn bei der notwendigen Regelung der Konflikte das Friedensgebot respektiert und die Grundlage eines Minimalkonsenses über Normen nicht verlassen wird.

Gegenstand des Sozialkundeunterrichts sind politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse und Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland und ihre rechtlichen Grundlagen.

Politische Vorstellungen der Schüler und Schülerinnen sind von Eltern, Medien und eigenen Erfahrungen geprägt. Der Unterricht knüpft an diese an und greift Fragen auf, deren Beantwortung zur Einschätzung der Lebenssituation und der Partizipationschancen in der Gesellschaft wichtig ist. Der Unterricht führt so zugleich in grundlegende Strukturen und Entscheidungsprozesse von Staat und Gesellschaft ein.

Die Untersuchung von Auseinandersetzungen und Konflikten verdeutlicht die Interessengebundenheit politischer Positionen. Dabei erkennen Schüler, daß auch ihre eigenen Vorstellungen nicht frei von Interessen sind. Sie lernen, einen politischen Standpunkt zu finden, ihn zu begründen und zu vertreten. Die Suche nach Lösungen der Konflikte verlangt, Beteiligte und Betroffene anzuhören und ihre Denkvoraussetzungen und Wertorientierungen zu begreifen, so daß durch Kooperation, Kompromiß und Toleranz die Einübung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen möglich wird.

Die Neugier der Schüler für öffentliche Ereignisse und politische Entscheidungen soll geweckt, Fähig- und Fertigkeiten, die sie zu deren Untersuchung und Klärung brauchen, sollen vermittelt werden. Gut wäre es, wenn Selbständigkeit im Denken und Handeln soweit gefördert werden könnte, daß Schüler von sich aus Fragen stellen, über den Unterricht hinaus Informationen einholen und für ein eigenständiges, vom Lehrer unabhängiges Urteil nutzen.

Lernerfahrungen aus dem Geschichtsunterricht, daß gesellschaftliche Verhältnisse beständig, aber auch veränderbar sind, können Gleichgültigkeit und Resignation überwinden helfen und den Wunsch nach Selbständigkeit verstärken.

1.1 Didaktische Prinzipien

Die gesteckten Aufgaben und Ziele sind durch einen problemorientierten und anschaulichen Unterricht zu erreichen, der auf Selbständigkeit der Schüler und Schülerinnen zielt:

— Problemorientierung

Die Vorbereitung der Schüler auf eine Teilnahme am politischen Leben knüpft an konkrete Fragen und Probleme an, die im Erfahrungsbereich der Schüler liegen und zugleich allgemein wichtig sind. Auf diese Weise wird es möglich, ihre Meinungen einzubeziehen, ihr Sachinteresse zu wecken sowie den Unterricht stärker auf Eigenständigkeit und Selbständigkeit auszurichten und zugleich realitätsbezogener zu gestalten. Gerade der Einstieg über und die Arbeit an möglichst konkreten und „schüler nahen“ Beispielen soll mit dazu beitragen, sich im politischen Leben als Staatsbürger, Mitglied unterschiedlicher Gruppen oder in anderen typischen Rollen zurechtzufinden. Dabei bevorzugt der Unterricht Fragestellungen, die den Schülern helfen, sich in politische Probleme einzuarbeiten, methodisch kontrolliert über realisierbare Lösungsmöglichkeiten nachzudenken und neue Erfahrungen hinzuzugewinnen. Die Orientierung an Problemen darf nicht zu einer parteilichen Reduktion oder zu einer verfälschenden Isolation einzelner Sachverhalte führen. Sie schließt die Behandlung von Sachzusammenhängen und den Erwerb eines soliden Orientierungswissens ein.

- Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten
In unserer Demokratie sind öffentliche Fragen aufgrund unterschiedlicher Wertauffassungen und Sachinteressen umstritten. Politik versteht sich daher als Auseinandersetzung mit und Regelung von unterschiedlichen Interessen und Standpunkten. Diesem strukturbedingtem Merkmal entspricht das didaktische Prinzip des kontroversen Denkens. Dieses Prinzip ermöglicht nicht nur einen sachgerechten und zugleich Interesse weckenden Zugang zur Politik, sondern zwingt auch dazu, Einseitigkeit zu vermeiden. Die Auseinandersetzung mit prinzipiell gleichberechtigten anderen Auffassungen und Interessen fördert die Bereitschaft zu Toleranz und die Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen. Das Prinzip des Kontroversen soll nicht zu einem beliebigen Einerseits und Andererseits führen, sondern dem Schüler helfen, einen eigenen Standpunkt zu gewinnen und zu vertreten.
- Verantwortliche Mitwirkung
Der Unterricht hat eine rationale und sachlich fundierte Orientierung zu ermöglichen, die Schüler zur Wahrnehmung ihrer Grundrechte und zu verantwortlichem Handeln im politischen Leben zu befähigen. Dazu gehört, daß Schüler eine sachgerechte Vorstellung der politischen Verhältnisse und Prozesse gewinnen. Im Unterricht muß eine realitätsgerechte Balance zwischen Anerkennung dessen, was ist, und Orientierung an dem, was sein soll, gefunden werden. Sowohl eine mutlos machende Schwarzmalerei der Realität als auch eine illusionäre Erwartung weckende Schönfärberei der Wirkungsmöglichkeiten von einzelnen und Gruppen erschweren es dem Schüler, sich in der politischen Wirklichkeit zurechtzufinden und in ihr mitzuwirken.
- Geschichtsbezug
Die Erörterung politischer Grundfragen kommt ohne Geschichtskenntnisse nicht aus. Das Verständnis für Gegenwärtiges wird vertieft, wenn man auf historisch erforschte Zusammenhänge zurückgreift.

1.2 Ziele

Die Ziele für den Sozialkundeunterricht konkretisieren und differenzieren Aussagen der Allgemeinen Lernziele und der Richtlinien für Erziehung und Unterricht. Der Sozialkundeunterricht dient der Erziehung zu einer verantwortlichen Teilnahme am politischen Leben, zu einer aktiven Teilhabe am Gemeinwesen, zur Bereitschaft und Fähigkeit, Interessen wahrzunehmen und Konflikte auszutragen, und zur Toleranz gegenüber anderen. Er fördert die Einstellungen bei Schülern, die Vorurteile gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten korrigieren. In diesem Rahmen sind folgende Fachlernziele anzustreben:

- Grundlegende Prinzipien der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland kennen.
- Veränderbarkeit und Beständigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse einschätzen und ihre Voraussetzungen erkennen.
- Sich mit der Problematik staatlicher Eingriffe in bestehende ökonomische und gesellschaftliche Machtverhältnisse auseinandersetzen.
- Interesse und Neugier für öffentliche Angelegenheiten entwickeln.
- Politische Ziele, Maßnahmen und Sachverhalte differenziert und sachlich begründet beurteilen und einen eigenen Standpunkt gewinnen und vertreten.
- Das eigene Urteil und die eigenen Wert- und Zielvorstellungen als bedingt und revidierbar erkennen. Offenheit und kritische Toleranz gegenüber Alternativen und anderen Standpunkten gewinnen.
- Sich für Politik engagieren und bereit sein, sich für Schwächere und Benachteiligte einzusetzen.
- Bereit und fähig sein, Konflikte rational auszutragen und ihre Lösung zu suchen.
- Bereit und fähig sein, selbständig Informationen zu beschaffen, Kenntnisse und Methoden zu deren Erschließung gewinnen.
- Mitverantwortung für den Unterricht tragen, selbständig Vorschläge unterbreiten, individuelle Arbeitsaufträge übernehmen und ausführen.

2. Organisation

In der Stundentafel sind für das Fach Sozialkunde der Klasse 10 zwei Stunden vorgesehen. Es ist ein eigenständiges Fach. Der Fachlehrer für Sozialkunde kann es in Kooperation mit Geschichte unterrichten. Inhalte und Methoden der Themen in Sozialkunde und Geschichte sind jeweils aufeinander bezogen und miteinander verknüpfbar. Das schließt nicht aus, daß unterschiedliche Methoden und Erkenntnisziele der Fächer verdeutlicht werden. Für jedes Fach gibt es — auch bei Kooperation — eine Note.

Typische Merkmale vieler politischer Themen sind ihre Komplexität, ihre innere Widersprüchlichkeit und damit Konflikthaftigkeit und der Kompromißcharakter möglicher Ergebnisse bzw. Antworten. Erforderlich ist deshalb eine breite Fachkompetenz und die Anwendung empirisch-ermittelnder und interpretativ-bewertender Methoden.

Nicht nur Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sollen gelernt, sondern auch Einstellungen und Wertorientierungen beeinflußt werden. Einstellungen entwickeln sich in einem entsprechenden Unterrichtsklima und durch praktische Erfahrungen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, sollten im Unterricht Selbständigkeit, Selbsttätigkeit und Mitverantwortung für den Unterricht eingeübt werden. Dazu gehört auch die Erörterung der verbindlichen Lehrplanthemen.

Die Lernenden sollen über die Reihenfolge, die Kombination und die Auswahl von zusätzlichen Themen mitentscheiden. Wird ein neues Thema begonnen, sollten die Schüler eine gemeinsame Strukturierung erarbeiten. In Gruppenarbeit könnten Wissens- und Meinungsstand festgestellt, Fragen gesammelt, Gedanken ausgetauscht, Lösungsvorschläge gemacht werden. Gemeinsam kann ein Arbeitsplan aufgestellt und an der Wandzeitung plakatiert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt treten die Gruppen in einen Erfahrungsaustausch, stellen Beispiele zusammen, diskutieren Strittiges und formulieren Fragestellungen und Hypothesen. Bei der Arbeit sollten gemeinsam erzielte Ergebnisse mit den selbst gefundenen Ausgangsfragestellungen konfrontiert werden.

Frühzeitig muß auch damit begonnen werden, Fragestellungen einzubringen, die zum Erkennen und Beurteilen von Problemen in Texten und anderen Materialien führen. Was muß ich z. B. wissen, damit ich einen bestimmten Sachverhalt untersuchen kann? Wie und wo beschaffe ich mir zuverlässige Daten und Fakten angesichts oder aus der Fülle von Informationsangeboten? Lernfähigkeit und Lernbereitschaft hängen davon ab, daß Arbeitsverfahren immer neu entwickelt und erprobt werden. Im Unterricht sollten Arbeitsformen dominieren, die die Bildung eigener Standpunkte und Überzeugungen der Schüler unterstützen und die ihre Fähigkeiten fördern, selbständig und kooperativ politische Themen und Probleme zu erschließen und zu bearbeiten.

3. Arbeitsformen

— Erschließung von Informationen

Grundlegende Arbeitstechniken müssen beherrscht werden. Dazu gehören:

- Inhalte von Texten, Statistiken, Graphiken und Schaubildern erfassen, verbalisieren und in Zusammenhänge einordnen
- Lernbücher, Atlanten, Lexika, Zeitungen und Zeitschriften selbständig benutzen
- Öffentliche Büchereien und Informationsstellen benutzen
- Befragungen planen, durchführen und auswerten
- Wesentliche Aussagen eines Textes benennen und wiedergeben, Informationen nach eigenen und fremden Fragestellungen gewinnen und ordnen
- Vermuten, Erfassen, Deuten und Beurteilen trennen
- Zeit- und Standortgebundenheiten erfassen und berücksichtigen

— Einübung in Gesprächsformen

Um am Unterricht sach- und partnerbezogen teilnehmen zu können, sollten folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Einstellung: Sachlichkeit in der Begegnung mit dem Gesprächspartner; Vermeidung von Mißverständnissen durch klare, wenn möglich, anschauliche Ausdrucksweise; Überprüfung der Möglichkeit eines Kompromisses
- Vorbereitung auf die Teilnahme an einem Gespräch: Einarbeiten in den Stoff; Reflexion über Vorurteile und ihre Ursachen; Klärung und Begründung eigener Standpunkte
- Eingreifen in ein Gespräch: Stichwortartiges Festhalten der Argumente; Konzentration auf einige wesentliche Punkte und Schlüssigkeit der eigenen Folgerungen; mögliche Einwände der Gesprächsteilnehmer; Anordnung der Argumente nach ihrer Bedeutung

- Vorbereitung auf die Leitung eines Gesprächs: Einarbeitung in den Stoff; Vorbereitung der Eröffnung des Gesprächs; Skizzierung des möglichen Gesprächsverlaufs mit Varianten; Vorbereitung von Teilen der Zusammenfassung am Schluß
- Leitung des Gesprächs: Eröffnung des Gesprächs; Anstoß des Gesprächs (z. B. bei fehlenden Wortmeldungen provozieren durch Thesen); Verdeutlichung von Beiträgen
- Schlußzusammenfassung: Festhalten von Übereinstimmungen und Herausstellen strittiger Fragen; Hinweis auf offene Fragen
- Äußere Ordnung des Gesprächs: Ordnung der Wortmeldungen; Worterteilung in der Reihenfolge der Meldungen; Abweisen unsachlicher Angriffe und Bitte um Zurückhaltung bei Beiträgen ohne Themenbezug
- Zurückhaltung des Gesprächsleiters mit eigenen Gesprächsbeiträgen

Bei kontroversen Themen können Diskussion und Debatte die geeigneten Gesprächsformen sein. Auch sie sind einzuüben.

– Untersuchung von Fallbeispielen

Das Fallprinzip ermöglicht den direkten Zugang zu politischen Fragestellungen. Es erfordert die Wahl von abgrenzbaren Ereignissen als Lerngegenstand, die realitätsnah sind, aktuell sein können, eine gewisse Nähe zu den Schülern haben oder zumindest Parteinahme herausfordern. Neben den Fällen aus der Umgebung der Schüler eignen sich besonders solche, die „in aller Munde sind“; denn räumlich weit Entferntes, durch Medien vermittelt, kann näher liegen als ein Ereignis in der unmittelbaren Nachbarschaft. An der Auseinandersetzung um ein Gesetz, z. B. den § 218 StGB, kann die Lösung politischer Probleme differenziert untersucht und exemplarisch nachvollzogen werden. Das Fallprinzip verlangt die aktive Mitwirkung der Schüler, die das methodische Vorgehen mitplanen, Material zum „Fall“ beschaffen und auswerten, Interviews durchführen und Versammlungen besuchen.

– Realbegegnungen

Soweit wie möglich sollten Erkundungen in der außerschulischen Realität durchgeführt werden (Verbraucherzentrale, Betriebe, Sozialeinrichtungen, Gerichtsverhandlungen, Sitzungen der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen, Museen und Ausstellungen); Einladungen von Politikern und Betroffenen. Die Erfahrungen aus dem Betriebspraktikum sollten auf jeden Fall in den Unterricht einbezogen werden. Die Vorbereitung des Praktikums kann im Rahmen des Sozialkundeunterrichts nur aus dem freien Stundendeputat erfolgen; darüber hinaus müssen andere Fächer einen Beitrag leisten.

– Projekte

Die Beschäftigung mit komplexen gesellschaftlichen Sachverhalten, die über das Fach hinausreichen, auf öffentliches Interesse stoßen, läßt sich nicht auf Schulstunden begrenzen. Sie erfordern aufwendige Untersuchungen, die auch außerhalb der Schule durchzuführen und mit möglichen Aktionen verknüpft sind. Solche Projekte sind zu empfehlen, in denen Kontroversen eine wichtige Rolle spielen und deren Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sind, z. B.: Sanierung eines Wohngebietes, Bau einer Umgehungsstraße, Ausländer in Hamburg, Beobachtung eines Wahlkampfes, Behinderte in unserem Schulgebiet, Umweltbelastung unseres Schulgebietes, Aids — Umgang mit einer Krankheit in der Gesellschaft (in Zusammenarbeit mit den Fachlehrern für Biologie, Ethik, Deutsch und Geschichte).

Die Projekte bieten die Möglichkeit des „learning by doing“. Das Instrumentarium zur Bewältigung gemeinsam gestellter Aufgaben kann zugleich mit der Sache selbst angeeignet werden. Eine einseitige Beanspruchung bestimmter Fähigkeiten und Fertigkeiten wird ausgeschlossen. Unterschiedliche Tätigkeiten müssen ausgeübt werden: Befragungen und Interviews durchführen, Briefe schreiben, Behörden aufsuchen, Karteien anlegen, Zeichnungen vor Ort anfertigen, Statistiken auswerten.

Die Rolle des Lehrers ist von Projekt zu Projekt anders akzentuiert. Er kann Arrangeur, Berater und Anreger sein. Er wird neben den sehr ausführlichen und intensiven Vorbereitungen mit den Schülern untersuchen und lernen.

Grundlegende in einem Problem oder Sachverhalt angelegte Gegensätze sind in Kontroversen beispielhaft zu verdeutlichen. Das führt zu neuen Fragestellungen und zur neuen Informationsbeschaffung. Das Projekt sollte konkretes politisches Handeln einschließen, z. B.: Dokumentation von Ausländerfeindlichkeit, gemeinsamer Brief an Abgeordnete, Einladung zu einem Hearing, Schulfest usw.

– Simulation von Situationen

Konflikte, Entscheidungssituationen können von Schülern durch Spiele intensiver erkannt, nacherlebt und variabel gelöst werden. Alternatives Denken wird gefördert. Geschlechterrollen, soziales Verhalten, politische Entscheidungen können durch das soziologische Rollenspiel und das politische Planspiel wirkungsvoll und einprägsam behandelt werden. Der kritische Vergleich zwischen Spiel und Realität ist ein wichtiger Bestandteil der Auswertung von Spielformen.

B Zur Durchführung des Unterrichts

1. Grundlagen

Der Planung werden 34 Unterrichtswochen (bei 39,5 Unterrichtswochen im Jahr) zugrunde gelegt. In Klasse 10 stehen 68 Stunden zur Verfügung. Etwa zwei Drittel dieser Zeit sind für verbindliche Themen vorgesehen. Der nicht verplante Zeitraum soll zur Vertiefung und Erweiterung der vorgeschlagenen Themen oder für zusätzliche, den Lehrer und die Schüler besonders interessierende Themen genutzt werden. Er darf nicht zu rein fachsystematisch aufgebauten Lehrgängen verführen. Die Fachlernziele und die didaktischen Prinzipien gelten für den gesamten Unterricht in Sozialkunde.

Wenn Ausländerkinder in der Klasse sind, sollten, wo immer dies möglich ist, Bezüge zu ihrem Heimatland oder zu ihrer Situation in Deutschland hergestellt werden, um diese Schüler stärker einzubeziehen und zu bestätigen.

Selbsttätigkeit und Mitbestimmung der Schüler kann der Lehrer wirkungsvoll initiieren, wenn er die Chance zur Kooperation zwischen Sozialkunde und Geschichte ergreift. Bei der Zuordnung von Geschichts- und Sozialkundethemen können Schüler an der Auswahl spezieller Inhalte und bei der Festlegung der Verfahrensweisen beteiligt werden.

Verbindlich sind die Ziele und Schwerpunkte mit den zugeordneten Grundbegriffen und Begriffen.

Die Beschreibung der Schwerpunkte soll es Lehrern und Lehrerinnen erleichtern, den Unterricht so zu strukturieren, daß die Schüler Zeit zum Lernen haben. Die Schwerpunkte weisen nur das unbedingt Notwendige aus, das zu behandeln ist, und machen dabei auch deutlich, was nicht behandelt werden muß.

Grundbegriffe, Begriffe und Daten sollen im Laufe des Unterrichts dazu dienen, die Bedeutung von Sachverhalten besser zu erklären und Probleme differenzierter zu deuten.

Die mit Spiegelstrichen versehenen Anregungen zum Aufbau des Unterrichts sind nicht verbindlich. Sie sind als Hilfe für eine Auswahl und Strukturierung der Inhalte gedacht und vermitteln Vorschläge, welche Ereignisse, Vorgänge und Probleme geeignet sein könnten, um im Unterricht behandelt zu werden.

2. Gliederung

Überblick über die Themen

Klasse 10

Gesamtstunden: 68

Stunden für verbindliche Themen: 48

1. Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Meinungsbildung
(an einem konkreten Beispiel der Themen 2—4)
2. Der politische Willensbildungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland
3. Arbeit und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland
4. Chancengleichheit in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Jungen und Mädchen
5. Recht und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland
(an einem Fallbeispiel aus den Themen 2—4)

Sozialkunde und Geschichte (Kooperation)

Gesamtstunden: 136

Stunden für verbindliche Themen: 96

1. Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Meinungsbildung
(an einem konkreten Beispiel der Themen 2—9)
2. Teilung der Welt — Konfrontation und Kooperation der Weltmächte
3. Entstehung und Entwicklung der deutschen Staaten — Unterschiedliche politische Systeme
4. Der politische Willensbildungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland
5. Wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Auseinandersetzung um die Marktwirtschaft
6. Arbeit und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

7. Gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland — Stabilität und Reform
8. Chancengleichheit in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Jungen und Mädchen
9. Europa nach 1945
10. Recht und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland
(an einem Fallbeispiel aus den Themen 4/6/8)

3. Die Themen

Klasse 10

1. Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Meinungsbildung

Ziele

- Unterschiedliche Informationsquellen zu einem Thema herausfinden und kennenlernen.
- Rationelle Informationsbeschaffung und -verarbeitung erproben.
- Die Bedeutung von Informationen für die eigene Meinungsbildung und das politische Engagement reflektieren und erklären.
- Unterschiedliche Chancen, Meinungen zu vertreten, einschätzen können.

Schwerpunkte

- Gemeinsam wird die Informationsbeschaffung an einem Thema exemplarisch geplant und durchgeführt. Materialien werden aufbereitet.
- Die Interessengebundenheit der einzelnen Materialien und die Bedeutung der Informationen für die eigene Meinungsbildung.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

- Suche und Sammlung von Informationen (Parteien, Verbände, Initiativen, Massenmedien)
- Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften
- Zusammenstellung und Strukturierung der Informationen
- Anfertigung von Tabellen
- Herausarbeitung und Vergleich der Argumentation von einzelnen Quellen (Schwerpunktsetzung, Lücken, Wertungen)
- Untersuchung von Absendern, Intentionen, Reichweite und Zielgruppen

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Pressefreiheit,
Meinungsbildung,
Informationsrecht
- Interesse, Medien, Meinungsfreiheit, Zensur

Hinweise

Die Beschäftigung mit der Informationsbeschaffung und -verarbeitung zielt auf die Entwicklung der Bereitschaft, sich der Abhängigkeit des eigenen Urteils von Beeinflussung verschiedener Art bewußt zu werden, sich neuen Informationen und Positionen zu öffnen, sich z. T. von bisher meinungsprägenden Autoritäten zu distanzieren. Diese Zielsetzung bezieht sich nicht nur auf diesen Unterrichtsabschnitt, soll aber speziell hier bewußt gemacht werden.

Es soll kein systematisierender Kurs über Medienkunde und Textanalyse gegeben werden, sondern es wird im Zusammenhang mit der Betrachtung unterschiedlicher Informationsquellen ein politisches Problem untersucht. Die Bindung an ein spezielles Thema aus dem Themenverteilungsplan ist zwingend. Die Aktualität des Problems ist eine zentrale Voraussetzung für eine motivierende Bearbeitung.

Am aktuellen Beispiel werden Kenntnisse über Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksendungen gewonnen und vertieft. Dieser Unterrichtsabschnitt eignet sich besonders für Gruppenarbeit.

2. Der politische Willensbildungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland

Ziele

- Chancen politischer Mitwirkung kennenlernen.
- Die Funktion von Wahlen in der parlamentarischen Demokratie begreifen.
- Strukturen und Bedingungen politischer Entscheidungsprozesse erkennen.
- Politische Betätigung und Einflußnahme im demokratischen Rechtsstaat diskutieren.

Schwerpunkte

- Verschiedene Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, Sach- und Entscheidungskompetenzen, institutionelle Verfahren an einem Fall.
- Die politische Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Politische Mitwirkung
 - Teilnahme an Demonstrationen, Versammlungen
 - Mitarbeit in Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen
2. Politische Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie
 - Einwirkungen von Interessengruppen
 - Einfluß der Parteien
 - Entscheidungsfindung in Parlament und Regierung
 - Funktion der Wahlen

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Partizipation
- Repräsentation
- Partei, Mitglied, Parteitag, Parteiprogramm, Kandidat, Abgeordneter, Sitz, Mandat, Fraktion, Bürgerinitiative, Demonstration, Grundgesetz, Grundrechte, Wahl, Wahlkampf, Umfrage, Demoskopie, Wähler, Stamm-, Jung-, Wechselwähler, Stimme, Erst-, Zweitstimme, Wahlkreis, Verhältniswahl, Gewaltenteilung, Parlament, Bundestag, Bürgerschaft, Regierung, Senat, Koalition, Opposition, Bundeskanzler, Bürgermeister, Volksbegehren, -entscheid, Demokratisierung, Schülerrat, Mißtrauensvotum, Verbände, Pluralismus.
- 18. 5.1848 Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche
- 1878— 1890 Verbot der SPD (Sozialistengesetz)
- 1933 Auflösung der demokratischen Parteien
- 1945— 1946 Wiedergründung (SPD, KPD) und Neugründung der Parteien (CDU/CSU, FDP, DP, DRP)
- 23. 5. 1949 Verkündung des Grundgesetzes
- 1952 Verbot der SRP
- 1956 Verbot der KPD
- 1961— 1983 Parteiensystem aus CDU/CSU, SPD und FDP
- 1980 (1983) Bürgerinitiativen werden Partei („Grüne“ im Bundestag)

Hinweise

Zu diesem Thema ist ein Fall als methodischer Zugang besonders geeignet, weil damit Vorfälle oder Vorgänge mit Aktionscharakter erfaßt werden, an denen Personen und Institutionen, Organisationen und Gruppen konkret beteiligt sind, deren Handlungen die Schüler nicht nur beobachten und nachvollziehen, sondern an denen sie sich unter Umständen auch beteiligen können.

Die Schüler sollen bei Organisationen und Gruppen nicht nur Informationen zum Fall sammeln und verarbeiten, sondern ihre Meinung artikulieren und die Chancen und Grenzen ihrer Einflußmöglichkeiten erfah-

ren, indem sie sich an Versammlungen, Bürgerinitiativen, Demonstrationen beteiligen, Leserbriefe schreiben und Eingaben an die Parlamente verfassen. In der Lerngruppe sollte die Diskussion zugespitzt werden auf die Frage nach einer stärkeren plebiszitären Beteiligung der Bürger, inwieweit diese wünschenswert und möglich ist, und ob die Mitarbeit in der Jugendorganisation einer Partei ein Weg ist, sich politisch zu artikulieren. Es empfiehlt sich, das Thema anlässlich einer Wahl zu behandeln.

Wichtig ist es, den Fall so auszuwählen, daß im systematischem Zusammenhang die politische Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie dargestellt und problematisiert wird. Dabei ist darauf zu achten, daß die Schüler erfahren, daß politische Willensbildung in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet und daß die Institutionen der Kanalisierung solcher Prozesse dienen.

3. Arbeit und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Ziele

- Die besondere Bedeutung der menschlichen Arbeit im Wirtschaftsprozeß erkennen.
- Unterschiedliche Formen und Bedingungen von Arbeit verstehen.
- Individuelle und Gruppeninteressen auf dem Arbeitsmarkt erkennen und Ziele und Maßnahmen des Staates erörtern.
- Sich mit den Folgen der Arbeitslosigkeit für den einzelnen am Arbeitsplatz, für verschiedene soziale Gruppen und die Gesellschaft auseinandersetzen.

Schwerpunkte

- Unterschiedliche Formen von Arbeit. Untersuchung ausgewählter Arbeitsplätze. Strukturen und Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.
- Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Erscheinungsformen und Bedingungen von Arbeit

- Unterschiedliche Arbeitsformen (Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Eigenarbeit)
- Arbeitsplätze (Inhalt, Bedingungen, Entscheidungsspielräume, Einkommen, Zufriedenheit, Zukunftserwartungen)
- Machtverhältnisse und Interessenausgleich (Arbeitsmarkt, Tarifverhandlung)
- Berufswelt im Wandel (Trends zu Berufen des Dienstleistungs-, Gesundheits- und Sozialbereichs)

2. Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit

- Ursachen von Arbeitslosigkeit (u. a. Strukturwandel, Rationalisierung, Marktsättigung)
- Folgen der Arbeitslosigkeit für den einzelnen und die Gesellschaft (psychosoziale und materielle Faktoren, Teilung der Gesellschaft in Inhaber von Arbeitsplätzen und Arbeitsuchende)
- Ziele und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften (Reduzierung der Arbeitszeit, Rationalisierungsschutz, Streik, Mitbestimmung)
- Aufgaben des Staates zur Planung eines sozial-verantworteten wirtschaftlich-technologischen Wandels

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Arbeit
 - Arbeitsmarkt
 - Mitbestimmung
- Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Eigenarbeit, Beruflicher Status, Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenquote, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Tarifvertrag, Streik, Arbeitsteilung, Rationalisierung, Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität, Mitbestimmung, Strukturwandel, Markt, Wettbewerb.
- 1918 Acht-Stunden-Arbeitstag
- 1919 Tarifautonomie der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände
- 1920 Betriebsrätegesetz
- 1951 Gesetz über die Mitbestimmung in der Montanindustrie
- 1952, 1972 Betriebsverfassungsgesetz
- 1976 Mitbestimmungsgesetz
- 1950—1987 Reduzierung der wöchentlichen tariflichen Arbeitszeit von 48 auf 40 bzw. 38,5 Stunden

Hinweise

Die Thematik bietet die Möglichkeit, konkrete Erfahrungen aus dem Betriebspraktikum auszuwerten und zu erweitern. Betriebserkundungen oder Befragungen von Eltern, Bekannten oder jugendlichen Arbeitnehmern können sie ergänzen. Den Schülern sollte bewußt werden, daß ihre Lebensbedingungen und ihre Einstellung zur Arbeit durch die Stellung der Eltern im Arbeitsprozeß beeinflußt werden.

Die Einsicht in die unterschiedlichen Interessen am Arbeitsplatz kann methodisch durch den Einsatz von Rollenspielen, Interviews oder Fallstudien erleichtert werden.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Höhe der Arbeitszeit macht deutlich, daß die wirtschaftlich-technologische Entwicklung interessengeleitet und veränderbar ist. Diese Einsicht ist wichtig für die Bereitschaft der Jugendlichen zum gesellschaftspolitischen Engagement.

4. Chancengleichheit in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von Jungen und Mädchen

Ziele

- Chancen von Jungen und Mädchen in der Schule miteinander vergleichen.
- Auswirkungen geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen auf die Berufsfindung und Beschäftigungssituation von Frauen diskutieren.
- Ursachen erörtern, warum die Angleichung der Bildungsabschlüsse im allgemeinen Schulwesen noch nicht zu gleichen Chancen in Berufsausbildung und Berufstätigkeit geführt hat.

Schwerpunkte

- Chancengleichheit (Gleichstellung) von Jungen und Mädchen in der Schule.
- Die Chancen von Frauen und Männern in Arbeit und Beruf.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Chancenverteilung in der Schule

- Geschlechtsspezifische Rollenbilder und ihre Vermittlung (z. B. Schulbuch, Jugendbuch, Jugendsendung oder Werbefernsehen)
- Geschlechtsspezifische Rollenverteilung (Rollenverhalten, Rollenpräferenzen) in der eigenen Schule (z. B. Schülerschaft, Kollegium, Schulleitung, Elternrat)
- Verfassung und Chancengleichheit
- Schulpolitik und Chancengleichheit: Erfolge und Schwierigkeiten

2. Chancenverteilung für Frauen und Männer in Arbeit und Beruf

- Bestandsaufnahme: geschlechtsspezifische Präferenzen bei Studien-, und Berufswahl, Einkommen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Reproduktion der tradierten Geschlechterrollenverteilung bei Haus- und Erwerbsarbeit (z. B. Beruf und Familie als Lebensperspektive der Mädchen, Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit als Probleme der Frauen)
- Interesse und Einstellungsverhalten der Betriebe
- Die Diskrepanz zwischen Verfassungszielen und ökonomisch-gesellschaftlicher Realität für viele Frauen (z. B. eingeschränkte Selbstbestimmung, gesellschaftliche Diskriminierung)
- Sozialstaatliche Lösungsversuche (z. B. Frauenförderungsprogramme, Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen)

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Gleichstellung
Rolle und Norm
Sozialstaat
- Sozialisation, Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit, Gleichberechtigung, Interesse, Selbstbestimmung.
- 1908 Allgemeine Zulassung von Frauen an deutschen Universitäten
- 1918 Allgemeine Schulpflicht, vierjährige gemeinsame Grundschule
- 1918 Wahlrecht für Frauen
- 1953 Der Gleichberechtigung entgegenstehende Gesetze treten außer Kraft
- 1958 Gleichberechtigungsgesetz
- 1980 Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz

Hinweise

Es ist damit zu rechnen, daß die Schüler und Schülerinnen Rollenprobleme vor allem in Familie und Beruf, weniger in der Schule, sehen. Daher bietet sich die Untersuchung der eigenen und umliegenden Schulen an. Die Schülerschaft läßt sich auf geschlechtsspezifische Fächerwahl (Sprachen, Naturwissenschaften, Mathematik) und die Bereitschaft zur Übernahme von Ämtern (SV) hin untersuchen, die Kollegien auf die Vertretung der Fächer und die Besetzung der Leitungspositionen hin (Schulleitung, Koordinatoren) sowie auf die Häufigkeit und Verteilung von Teilzeitarbeit.

Es wäre zusammen mit den Schülern zu überlegen, ob die Schule den Mädchen bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten in den Naturwissenschaften und der Mathematik, aber auch bei der Entwicklung von Durchsetzungsfähigkeit und Risikobereitschaft, zusätzliche Unterstützung anbieten müßte (z. B. reine Mädchenkurse für Mathematik). Die Steuerung und Begleitung des Betriebspraktikums durch Erkundungsbögen, die z. B. die Stellung der Frauen auf den verschiedenen Ebenen der Betriebshierarchie berücksichtigen, ist empfehlenswert. Primärerfahrungen der Schüler sollten genutzt werden.

Bei einzelnen Aspekten, z. B. der Handhabung von Rollenmustern in Erziehung, Schul- und Berufswahl, sollten neben den geschlechtsspezifischen auch schichtspezifische Verhaltensweisen und Bildungschancen angesprochen werden. Es sollte darauf geachtet werden, daß dieser Untersuchungsaspekt sich nicht verselbständigt. Auf der Grundlage der Grundgesetzartikel 1 (Würde des Menschen), 2.1 (freie Persönlichkeitsentfaltung), 3 (Verbot von Benachteiligungen), 6.2 (Schutz der Familie), 7.1 (Schule) und 20 (Sozialstaatsgebot) sollten kontroverse Standpunkte und Argumentationen zur Stellung der Frau in unserer Gesellschaft aufgezeigt werden, die den Schülern als Anregung für die Auseinandersetzung und die Findung einer eigenen Position dienen sollen. Es ist wichtig zu verdeutlichen, daß unterschiedliche Zielvorstellungen und Wertmaßstäbe in die jeweiligen Argumentationen einfließen. Anhand der Begriffe Chancengleichheit bzw. Chancengerechtigkeit und Sozialstaat läßt sich dies zeigen, weil sie offen sind für Interpretationen, eine inhaltliche Füllung nicht verbindlich vorgegeben werden kann und so der Politik die Möglichkeit eröffnet wird, soziale Wirklichkeit zu gestalten.

Gerichtsurteile über die Rechtsstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft der Bundesrepublik könnten in diesem Zusammenhang von Interesse sein, z. B. Schlüsselgewalt der Frau, gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, geschlechtsneutrale Stellenausschreibungen, Abtreibung.

5. Recht und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland

Ziele

- Die Funktion des Rechts und der Rechtsprechung für die Gesellschaft insgesamt, für den einzelnen und für Gruppen verstehen.
- Verschiedene Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit diskutieren.
- Wichtige Rechtsstaatsprinzipien in ihrer Bedeutung für den demokratischen Staat begreifen.

Schwerpunkte

- Untersuchung eines Fallbeispiels zu den Sozialkundethemen.

Anregungen zum Aufbau des Unterrichts

1. Tatbestand und Rechtslage
 - Konflikt und Konfliktparteien
 - Interessen und Rechtspositionen
 - Aktions- und Durchsetzungsmöglichkeiten
 - Anwendung der Rechtsnormen auf den Fall
2. Analyse des Urteils
 - Gewinner, Verlierer und Folgen des Urteils
 - Urteilsbegründung: Würdigung der Fakten und Würdigung der Rechtslage
 - Rechtsmittel und Rechtswege
 - Unterschiedliche Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit
3. Auseinandersetzung mit Rechtsstaatselementen
 - Stellung des Gerichts
 - Gewaltenteilung
 - Hierarchie der Normen

Grundbegriffe, Begriffe, Daten

- Rechtsstaat
- Bundesverfassungsgericht, Grundgesetz, Grundrechte, Freiheitssicherung, Rechtsgleichheit, Rechtssicherheit, Gewaltenteilung.

Hinweise

Der Behandlung allgemeiner Rechtsprobleme müssen konkrete Fälle zugrunde liegen, aus denen die angestrebten grundsätzlichen Einsichten abgeleitet werden können. Der Lehrer kann dabei auf Falldarstellungen in den Medien (Prozeßberichte in Zeitungen, nachgestellte Fälle im Fernsehen) zurückgreifen. Individuelle Erfahrungen der Schüler sollen aufgenommen werden. Gerichtsbesuche sind zu empfehlen. Kontakte können über die den Schulkreisen benannten Richter und Staatsanwälte hergestellt werden.

